

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 5 / Mai 2007 · Ausgabe Berlin-Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

Rentenversicherung: weniger Service

Information auf Kontoauszügen
ersetzt Rentenbescheide

Seite 4

Demenzkranke werden ungenügend berücksichtigt

Interview mit Sabine Jansen,
Deutsche Alzheimer Gesellschaft

Seite 10



Dank oder Recht?

Sonderbeitrag zum
90. Geburtstag des SoVD

Seite 8

Zweieinhalb Wochen nach Erscheinen sind fast 11 000 Exemplare verkauft!

Ratgeberbuch zur SoVD-Kampagne übertrifft alle Erwartungen

Ende März kam das Ratgeberbuch „Menschen helfen Menschen im Alltag“ in den Handel. Knapp zweieinhalb Wochen später waren bereits 10 890 Exemplare verkauft. Ein sensationeller Erfolg, von dem so mancher kommerzielle Verleger nur träumen kann. Er zeigt vor allem eines: Der Sozialverband Deutschland hat mit seinem Ratgeberband – und mit seiner Kampagne ganz allgemein – den Nerv der Zeit getroffen. Das Thema Mitmenschlichkeit, durch die Kampagne wieder ins Zentrum des öffentlichen Bewusstseins gerückt, steht nach wie vor hoch im Kurs. Und die Anzahl der Menschen, die anderen helfen wollen, ist viel höher, als sich so mancher vorstellen kann!

Am 30. März haben SoVD-Präsident Adolf Bauer und die Schirmherrin der SoVD-Kampagne, Gesine Schwan, das Buch in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Schwan, SPD-Mitglied und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, sagte zu den zahlreich erschienenen Journalisten: „Helfen ist ganz einfach. Und das Schöne daran ist: Wer etwas gibt, wird merken, dass dies eine Bereicherung für das eigene Leben ist.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärte: „Wir wollen mit dem Buch noch mehr Menschen ermutigen, sich ehrenamtlich zu engagieren.“ Möglichkeiten gebe es mehr als genug, gerade im eigenen Umfeld: „Sie können einen älteren Menschen beim Spazierengehen begleiten, einmal



Foto: Schlemmer

Wer Gutes präsentiert, strahlt: Prof. Dr. Gesine Schwan, Schirmherrin der SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut, und SoVD-Präsident Adolf Bauer, stellen „Menschen helfen Menschen im Alltag“, das Buch zur Kampagne, Ende März der Öffentlichkeit vor.

die Woche einem pflegebedürftigen Menschen im Heim vorlesen oder dem Kind einer alleinerziehenden Mutter bei den Schulaufgaben helfen. Schon kleine Dinge machen einen großen Unterschied“, so Bauer.

Nicht nur die nackten Zahlen, auch die Reaktionen von Lesern – SoVD-Mitglieder und Nichtmitglie-

der – sprechen eine deutliche Sprache. Positive Signale kommen nicht zuletzt von vielen der über 600 Bundestagsabgeordneten, denen das Buch zugesandt wurde. „Ich finde die Ratschläge und Glücksbringer für ein gutes und mitmenschliches Engagement sehr interessant“, schreibt z. B. Stephan Mayer, innen-

und rechtspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Und Professor Dr. Lothar Bisky, Medienpolitischer Sprecher der LINKEN zeigt sich „über die Idee begeistert“.

Dr. Lale Akgün (SPD) begrüßt die SoVD-Kampagne und ist „überzeugt, dass sie einen wichtigen

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Wenn es noch eines letzten Beweises bedürft hätte, die sogenannte „Gesundheitsreform“ hat



ihn erbracht: Die Politik entfernt sich mehr und mehr von den Menschen in unserem Land. Obwohl sich die Bürger/-innen mit überwältigender Mehrheit gegen den „faulen Kompromiss“ zwischen CDU-Kopfpauschale und SPD-Bürgerversicherung ausgesprochen hatten, wurde dieser gegen jede Einsicht und gegen alle Vorbehalte der Fachleute durchgepeitscht. Selbst vor unverhüllten Drohungen gegen die Abgeordneten, die sich dieser „Augen zu und durch Politik“ widersetzen, wurde von den Koalitionsspitzen nicht haltgemacht. Eine solche Politik nach Guts-herrenart beschädigt das Ansehen unserer Demokratie und lässt immer mehr Menschen das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren. Dem gilt es gegenzusteuern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen endlich das Recht bekommen, bei grundsätzlichen Fragen der Bundespolitik – zum Beispiel bei der Gesundheits- und Altersversorgung – ihre Entscheidung selbst zu treffen. Wir sollten selbstbewusst genug sein, „mehr direkte Demokratie zu wagen“. Volksentscheide wären dafür genau der richtige Schritt.

Sven Picker,
Mitglied des Präsidiums

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung*

- Beiträtsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro bei Eintritt des Pflegefalles nach dem 3. Versicherungsjahr
- auch für Ehegatten und Lebenspartner
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Arzneimittelzulassung: Sicherheit von Patienten muss oberste Priorität behalten!

Ein Medikament darf in Deutschland erst in den Handel gebracht werden, wenn das Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte (BfArM) es geprüft und für gut befunden hat. So war es jedenfalls bisher. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, wird für die Arzneimittelzulassung bald die Deutsche Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur (Dama) zuständig sein. Eine nagelneue „Agentur“ anstelle eines verstaubten „Bundesinstituts“? Klingt gut. Ist es aber nicht. Denn die zu erschaffende Agentur ist vor allem eines: wirtschaftsorientiert. „Wir schaffen eine moderne Zulassungsstelle, die den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb nachhaltig stärken wird“, so Rolf Schwa-

nitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit. Bei einer Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages übten Vertreter von Krankenkassen und Bundesärztekammer sowie Verbraucherschützer erwartungsgemäß heftige Kritik an dem Gesetzentwurf. Ihre Befürchtung: Eine einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Pharmaindustrie führt über kurz oder lang zu einer Gefährdung der Arzneimittel- und damit Patientensicherheit. Wenn man weiß, dass nach den Plänen der Regierung die Pharmafirmen die Kosten für die Zulassung ihrer Medikamente selbst tragen sollen, ahnt man, dass diese Befürchtungen sehr berechtigt sind. Wer die Musik bezahlt, bestimmt eben auch, was gespielt wird... mas

Debatte im Bundestag zum Thema Patientenverfügung

Konflikt zwischen Schutz des Lebens und Selbstbestimmung des Patienten

Der Bundestag debattiert derzeit über eine gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen. Dabei gehen die Meinungen unabhängig von der Parteizugehörigkeit darüber auseinander, was stärker wiegt – das Selbstbestimmungsrecht des Patienten oder aber die Pflicht des Arztes, in der jeweiligen Situation Leben zu retten. Schon heute sind Patientenverfügungen rechtlich bindend. Ein entsprechendes Gesetz könnte deren Gültigkeit jedoch einschränken.

Es ist ein äußerst sensibles Thema: Was geschieht mit mir in einer Situation, in der ich mich nicht mehr selbst äußern kann – etwa bei einer schweren Krankheit oder nach einem Unfall? Rund neun Millionen Menschen in Deutschland haben für derartige Fälle bereits eine Patientenverfügung verfasst, mit der sie es dem behandelnden Arzt beispielsweise untersagen, sie künstlich am Leben zu erhalten.

Ende März hat sich nun erstmals der Bundestag mit einer gesetzlichen Regelung dieses Themas auseinandergesetzt. Hierzu lagen den Abgeordneten zwei Anträge vor, die beide grundsätzlich die Gültigkeit derartiger Verfügungen anerkennen und sich nur in einer Frage voneinander unterscheiden: Wiegt der Schutz des Lebens schwerer als das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen?

Joachim Stünker, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, stellt den Willen des Patienten eindeutig über mögliche Einwände von Angehörigen oder Ärzteseite. Sein Gesetzentwurf wird von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) unterstützt.

Demgegenüber vertritt der Vize-Unionsfraktionschef Wolfgang Bosbach (CDU) einen Gruppenantrag, der die Gültigkeit von Patientenverfügungen einschränkt. Sie sollen auf Fälle begrenzt werden, in denen die Krankheit einen unumkehrbar tödlichen Verlauf nimmt. Unterstützt wird dieser Antrag auch von Abgeordneten der Grünen, FDP und SPD.

In der Realität hängt es jedoch stark von der jeweiligen Situation ab, wann ein solch „unumkehrbar tödlicher Verlauf“ tatsächlich vor-

liegt. Bei einer Demenzerkrankung etwa oder einem Koma dürfte dies nur schwer festzustellen sein. Daher warnen Ärztevertreter vor einer umfangreichen gesetzlichen Regelung. Kein Gesetz könne es letztlich dem Arzt abnehmen, den Willen eines Patienten bezogen auf seine konkrete Krankengeschichte zu ermitteln. Die Ärztekammer rät zur Erteilung einer Vorsorgevollmacht, bei der ein Vertrauter des Patienten als Ansprechpartner fungiert.

Grundsätzlich gegen eine Einschränkung der Verbindlichkeit von Patientenverfügungen sprach sich der Vorsitzende der Hospiz-Stiftung, Eugen Brysch, aus. Das Kriterium des Gruppenantrages lasse sich seiner Ansicht nach nicht zuverlässig erfüllen. „Unumkehrbar tödlich“, so Brysch, „verlaufe das Leben schon selbst.“

Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

Armut in Deutschland verfestigt sich Soziale Unterschiede nehmen zu

Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt einen alarmierenden Trend: Immer größere Teile einer gering qualifizierten Bevölkerungsschicht leben in Armut oder sind davon bedroht. Schlimmer noch: Wer erstmal arm ist, hat immer weniger Chancen, sich aus dieser Misere wieder zu befreien. Auch die sozialen Unterschiede verschärfen sich – während bei Arbeitern und Angestellten die Einkommen stagnieren, werden die Besserverdiener in Deutschland immer reicher.

Der aktuelle Wochenbericht des DIW weist eine kontinuierliche Zunahme der Einkommensarmut aus – zwischen 1999 und 2004 ist sie von 12 auf über 17 Prozent gestiegen. Gerade bei einfachen Arbeitern hat das Risiko, in eine verfestigte Ar-

mutslage zu geraten, massiv zugenommen. Prekär daran ist der Umstand, dass Betroffene aufgrund vielfältiger Notlagen (Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme, fehlende Sparguthaben) sehr viel länger in dieser Situation verharren. Insgesamt präsentiert die DIW-Erhebung ein ernüchterndes Fazit: „Nennenswerte Einkommenszuwächse gab es in Deutschland während der neunziger Jahre nur für die Reichen.“

Diese traurige Entwicklung belegen auch Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Danach gab es bei den Tarifgehältern im vergangenen Jahr den niedrigsten Anstieg seit 1995. Da dieser bei Angestellten (1,2 Prozent) und Arbeitern (1,5 Prozent) sogar noch unterhalb der Inflationsrate von 1,7 Prozent lag, mussten beide Gruppen unter dem Strich einen Einkommensverlust hinnehmen.

Vor dem Hintergrund der Einbußen unterer Einkommensgruppen stoßen hohe Managementgehälter auf zunehmende Kritik. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) haben sich von 1998 bis 2004 allein die Vorstandsbezüge der Dax-Unternehmen verdoppelt. „Diese Steigerung ist weder in der Öffentlichkeit, noch in den Unternehmen zu vermitteln“, erklärte Dietmar Hexel vom DGB-Vorstand.

„Diese Steigerung ist weder in der Öffentlichkeit, noch in den Unternehmen zu vermitteln“, erklärte Dietmar Hexel vom DGB-Vorstand.



Foto: Waldhaeusl

Die Armen bleiben arm und die Reichen werden reicher – Studien zeigen, dass sich diese Binsenweisheit leider immer mehr bewahrheitet.

Fortsetzung von Seite 1

Ratgeberbuch zur SoVD-Kampagne...

Beitrag leistet, damit die Motivation und das Engagement der Menschen, die Hilfsbedürftigen helfen, weiterhin steigen.“

Der 88 Seiten starke Ratgeberband aus dem Schweizer Pendo-Verlag enthält 50 einfache Ideen und 20 praktische Tipps zum Einstieg in das ehrenamtliche Engagement.

Das Buch mit dem Titel „Gut tun – tut gut. Menschen helfen Menschen im Alltag. 70 kleine Ideen und Tipps

für Glücksbringer“ ist reich bebildert und übersichtlich gestaltet. Anhand vieler anschaulicher Beispiele regt es dazu an, kleine Taten der Menschlichkeit in den ganz normalen Alltag zu integrieren, beispielsweise gebrechliche Menschen beim Gang zum Arzt zu begleiten, Tierpatte zu werden, sein „Ohr zu verleihen“ und vieles mehr. Glaubhaft wird dargelegt, dass das Phänomen des Helfens nicht nur für den Hilfsbedürftigen ein großer Gewinn ist, sondern auch für den Helfenden. Abgerundet wird der Band durch eine Reihe von ganz konkreten Tipps, die es bei der ehrenamtlichen Arbeit zu beachten gilt: Beachtung der Schweigepflicht, Verweisen an professionelle Hilfe, dort wo die eigene Kraft / das eigene Wissen an Grenzen stoßen.

Das Buch zur SoVD-Kampagne ist zum Preis von 9,90 Euro im Buchhandel erhältlich.



Foto: Redaktion

Gerd Görtemaker (li.) und Adolf Bauer waren sich einig: Die beruflichen Chancen behinderter Menschen müssen sich deutlich verbessern.

Gespräch zur beruflichen Situation Behinderter

Ende März empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen des Bundes (AGSVB), Gerd Görtemaker, zu einem Meinungsaustausch über behindertenpolitische Fragen. An der Diskussion nahm auch Hans-Jürgen Leutloff, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesverband, teil.

Präsident Bauer und Gerd Görtemaker waren gemeinsam der Auffassung, dass weitere durchgreifende Anstrengungen erforderlich sind, um die berufliche Ausbildung und Beschäftigung behinderter und schwerbehinderter Menschen zu sichern. Der SoVD unterstützt das Anliegen der Arbeitsgemeinschaft, auch für Beamte einen Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation gesetzlich zu verankern.

SoVD unterstützt Initiative „Daheim statt Heim“

Der SoVD hat einen Aufruf der Initiative „Daheim statt Heim“ unterzeichnet. Die Initiative – sie wurde von der Bundestagsabgeordneten Silvia Schmidt (SPD) ins Leben gerufen – setzt sich dafür ein, dass behinderte und pflegebedürftige Menschen in der eigenen Wohnung oder in alternativen Wohnformen leben können. Der SoVD unterstützt das Ziel, die häusliche Pflege zu stärken und Behinderten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Das Wunsch- und Wahlrecht behinderter und pflegebedürftiger Menschen, das im Sozialgesetzbuch IX verankert ist, muss nach Auffassung des Verbandes auch eingelöst werden.

Anlässlich der Unterzeichnung erklärte SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz: „Behinderte und pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen flächendeckenden Aus- und Aufbau bedarfsdeckender vernetzter Unterstützungsangebote für ältere und behinderte Menschen.“ Der SoVD fordere daher eine Trendwende in der Pflegepolitik. Der Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen müsse mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Erforderlich sei außerdem ein bedarfsgerechter Ausbau wohnortnaher ergänzender Unterstützungsangebote wie z.B. tagesstrukturierende Maßnahmen, haushaltsnahe Dienstleistungen und Krisenintervention.

Marianne Saarholz weiter: „Wir brauchen zudem eine stärkere Integration behinderter und pflegebedürftiger Menschen in Gemeinden und Stadtteilen. Behinderte und pflegebedürftige Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Ihre gesellschaftliche Teilhabe muss sichergestellt werden.“



Foto: Schlemmer

SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz (sitzend) unterzeichnete für den SoVD einen Aufruf der Initiative „Daheim statt Heim“, die von der Bundestagsabgeordneten Silvia Schmidt (li.) gegründet wurde.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Aktionstage zur Kampagne

Liebe Mitglieder,
SoVD-Präsident Adolf Bauer und die Schirmherrin der Initiative, Prof. Dr. Gesine Schwan, stellen am 30. März in Berlin den Ratgeberband Gut tun – tut gut vor. Das Buch wurde allseits gut angenommen (siehe Seite 1).

Die Veröffentlichung des Ratgeberbandes war für zahlreiche Medien Anlass, über die Kampagne und über das Buch zu berichten. Der Erscheinungstermin des Auftaktberichts in der Fernseh- und Freizeitillustrierten „auf einen Blick“ ist am 16. Mai. Wir berichten in der kommenden Ausgabe.

Am 2. April stellten die 1. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes NRW und Vizepräsidentin, Marianne Saarholz, und der nordrhein-westfälische Gut tun-Botschafter und 2. Landesvorsitzende, Franz-Josef Welter, die Kampagne und den Ratgeberband in Düsseldorf im Rahmen einer Pressekonferenz vor. Prominenter Unterstützer der Kampagne war der Kabarettist Wilfried Schmickler. Der Kreisverband Märkisch-Oderland im Landesverband Berlin-Brandenburg lud am 22. April zum 1. Aktionstag unter dem Motto „Gut tun – tut gut

– gemeinsam sind wir bärenstark“ in Berlin-Hoppegarten ein. Bei dem Aktionstag wurde unter anderem die SoVD-Kampagne zur Förderung ehrenamtlichen Engagements vorgestellt. Für die kommenden Monate planen weitere Landesverbände größere Veranstaltungen. Der Landesverband Hamburg veranstaltet am 17. Juni im „Landhaus Walter – Biergarten“ im Hamburger Stadtpark einen Aktionstag zur Kampagne Gut tun – tut gut. Geplant ist ein Bühnenprogramm mit einer Talkrunde und musikalischer Begleitung sowie ein Malwettbewerb für Kinder. „Unser Land braucht soziale Gerechtigkeit“ heißt es am 30. Juni im schleswig-holsteinischen Neumünster. Im Anschluss an Vorträge zu sozialpolitischen Themen wird Gut tun-Botschafter Lothar Dufke die Kampagne Gut tun – tut gut vorstellen. Höhepunkt ist ein Konzert mit Mary Roos und ein Auftritt von Roland Kaiser.

Berichten Sie, liebe Mitglieder, uns weiter von Ihren Projekten. Gute Beispiele machen Mut zum Mitmachen! Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle Montag bis Donnerstag von 11 bis 12 Uhr, Tel.: 030 / 72 62 22-199, zur Verfügung.

Herzlichst, Ihr Kampagnenteam



„Menschen brauchen Zuwendung“

Inge Jefimov ist Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Hamburg und eine der drei Botschafterinnen in der Hansestadt. Von Anfang an war für sie klar, dass sie sich auch ganz persönlich für die Kampagne Gut tun – tut gut engagieren würde. Schon seit Jahren setzt sie sich für Menschen ein, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Dabei kommen ihr auch ihre beruflichen Erfahrungen zugute: Schon als Stewardess hatte sie viel mit Menschen zu tun und später war sie als Buchhalterin bei einer großen Versicherungsgesellschaft tätig.



Inge Jefimov, Kampagnenbotschafterin des Landesverbandes Hamburg

Inge Jefimov weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig es ist, andere zu unterstützen. Seit einem Unfall vor 28 Jahren ist sie Rollstuhlbewohnerin und ist selbst auf Hilfe angewiesen. Und sie gibt diese Hilfe gerne weiter – liebevoll und voller Tatendrang. Sie besucht Menschen in Alten- und Pflegeheimen, die sonst vereinsamen, weil sie weder Angehörige noch Freunde haben und die Pflegekräfte zu wenig Zeit haben. Inge Jefimov liest Pflegebedürftigen vor, erledigt für sie wichtige Telefonate, unterhält sich mit ihnen oder hört einfach nur zu. Für Menschen, die allein sind, ist das von unschätzbarem Wert. „Mit einem Lächeln oder einem Händedruck zeigen mir die Menschen, wie dankbar sie sind, dass ich mir die Zeit nehme und sie besuche“, erzählt Inge Jefimov.

Auch auf politischer Ebene setzt sich Inge Jefimov für die Interessen

behinderter und chronisch kranker Menschen ein. Sie ist unter anderem Mitglied in einer Arbeitsgruppe des Bundesgesundheitsministeriums im Bereich der Hilfsmittelversorgung, Mitglied im Hamburger Landesbeirat für die Gleichstellung behinderter Menschen und im Womens Committee des Europäischen Behindertenforums. Im SoVD ist Inge Jefimov schon seit 18 Jahren aktiv.

Ihre Kenntnisse und Erfahrungen, die sie durch ihre persönliche Situation gewonnen hat, gibt sie gern weiter. Ob es um Probleme in der Hilfsmittelversorgung geht oder um einen Tipp, wohin man sich wenden kann – die Botschafterin des Landesverbandes Hamburg setzt sich persönlich ein und hat schon viele Menschen ganz konkret unterstützt. So half sie einem älteren Herrn, der seit drei Jahren auf eine neue Beinprothese wartete, unter Schmerzen litt und die Wohnung kaum noch verlassen konnte. Sie intervenierte bei der zuständigen Krankenkasse und hatte Erfolg: innerhalb von zwei Tagen wurde die Prothese bewilligt.

„Meine Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement sind sehr positiv“, sagt Inge Jefimov. „Wir müssen noch mehr Menschen für diese wunderschöne Aufgabe gewinnen. Ich unterstütze die Kampagne mit all meiner Kraft.“

Wenn Sie Fragen zur Kampagne im Landesverband Hamburg haben, können Sie Botschafterin Inge Jefimov über die Landesgeschäftsstelle Hamburg erreichen: Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg.

Ich mache bereits bei der Kampagne mit

Ich möchte bei der Kampagne mitmachen

Name	Name																				
Orts-/Kreisverband*	Orts-/Kreisverband*																				
Anschrift	Anschrift																				
Telefon	Telefon																				
E-Mail*	E-Mail*																				
SoTUE ich bereits GUT:	So möchte ich gern GUT TUN:																				
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 15%;">Zeitliche Verfügbarkeit</th> <th style="width: 15%;">bis zu 30 Min.</th> <th style="width: 15%;">bis zu einer Stunde</th> <th style="width: 15%;">bis zu zwei Stunden</th> <th style="width: 15%;">mehr als zwei Stunden</th> </tr> <tr> <td>täglich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>wöchentlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>monatlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>		Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden	täglich					wöchentlich					monatlich				
Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden																	
täglich																					
wöchentlich																					
monatlich																					

Ich möchte regelmäßig den Kampagnen-Infobrief erhalten: per Mail per Post * falls vorhanden

Der Ortsverband des Monats Mai ist Ortsverband Sehnde

Unter das Kampagnenmotto Gut tun – tut gut hat der Ortsverband Sehnde im SoVD Niedersachsen seine Veranstaltungen und Aktivitäten gestellt. Die 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Sehnde, Brigitte Thomas, liefert viele Ideen, aber ohne die Unterstützung des gesamten Vorstandes und der freiwilligen Helferinnen und Helfer „geht nichts“. Voller Begeisterung sagt sie: „Ich freue mich, dass wir ein so tolles Team sind.“ 1995 hat sie den Ortsverband mit 264 Mitgliedern übernommen, und jetzt konnte sie das 500. Mitglied begrüßen. Die Veranstaltungen im Ortsverband sind vielfältig. Neben Krankenbesuchen, Trauerbegleitung und Geburtstagsbesuchen gehören zum festen Bestandteil unter anderem die einmal im Monat stattfindenden Informationsnachmittage mit anschließendem Kaffeetrinken, Klönen und Spielen wie Mensch ärgere dich nicht, Kniffel oder Skat. „Die Begegnungsstätte ist dann bis auf den



Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, CDU (re.), im Gespräch mit Brigitte Thomas, 1. Vorsitzende, am Info-Stand des SoVD-Ortsverbandes Sehnde.

letzten Platz gefüllt“, so Brigitte Thomas. Einmal im Jahr gibt es ein Grillfest, vorweihnachtliche Adventsfeiern und im Herbst ein Grünkohl- und Schnitzeessen für Mitglieder und

Gäste. Tagesfahrten und Mehrtagesfahrten, auch für Rollstuhlgruppen, runden das Angebot ab. Oft werden die Vorstandsmitglieder nach einer Veranstaltung in den Arm genommen, und dann wird gesagt: „Das habt ihr wieder toll gemacht.“ Eine andere sehr gute Veranstaltung hatte der Ortsverband im Rathaus der Stadt organisiert unter dem Thema „Kein Recht auf ein Kind – Probleme behinderter Mütter“. Die Schirmherrschaft hatte Ministerin Ursula von der Leyen übernommen. An dem ersten Seniorentag der Stadt Sehnde hat sich der Ortsverband ebenfalls beteiligt. Prominenter Gast war auch hier Ursula von der Leyen. Das Klinikum Warendorff für geistig behinderte Menschen besuchten die Mitglieder vor Ort. Mit Roland – Bären hat sich der Ortsverband für die herzliche Aufnahme bedankt. Der Ortsverband hatte sich auch an dem Sehnder Bergfest mit einem Luftballonweitflug-Wettbewerb speziell für Kinder beteiligt. Viele Luftballons flogen bis nach Magdeburg. Zur Preisverteilung kamen alle eingeladenen Kinder in das Sehnder Rathaus und brachten ihre Eltern mit. All das ist wichtig, um auch in Sehnde bekannt zu machen, dass die Mitgliedschaft im SoVD gut tut.

SoVD NRW schulte Kampagnenbeauftragte

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat 16 Kampagnenbeauftragte der Kreise und Bezirke für die Umsetzung der SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut geschult. Im Mittelpunkt des Seminars standen allgemeine Informationen zur Kampagne sowie Tipps und Hinweise zur praktischen Umsetzung vor Ort – zum Beispiel zum Versicherungsschutz und zur Pres-

sarbeit. Franz-Josef Welter, Kampagnenbotschafter des NRW-Landesverbandes, sagte in seinem Eingangsreferat: „Es ist ja nicht so, dass wir neu beginnen. Der SoVD ist bereits gelebte Solidarität. Jeder Ortsverband in Nordrhein-Westfalen leistet tolle Arbeit. Nur wissen das noch viel zu wenige Menschen. Mit Gut tun – tut gut wollen wir unsere Arbeit bekannter machen.“



Mit einem Gut tun – tut gut-Seminar bereitete der Landesverband ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kreisen und Bezirken für die Mitarbeit an der Kampagne vor.



Rentenversicherung schränkt Information Versicherter ein

Kein Rentenbescheid bei Änderung des Beitragssatzes der Krankenkasse

Die meisten Rentner haben in den vergangenen Wochen eine Mitteilung ihres Rentenversicherungsträgers erhalten, wonach sie künftig nicht mehr gesondert informiert werden, wenn sich der Beitragssatz ihrer Krankenversicherung und damit auch der Rentenauszahlungsbetrag ändert. Beides kann künftig nur noch dem Kontoauszug entnommen werden.

Mit dem Verfahren sollen der hohe Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten für die Rentenversicherung verringert werden.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf ein Detail hingewiesen: Versicherte, die aufgrund einer Bei-

tragserhöhung ihre Krankenkasse wechseln wollen, besitzen ein gesetzliches Sonderkündigungsrecht. Dieses orientiert sich an dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Beitragssätze. Hier besteht die Möglichkeit, bis zum Ablauf des auf die Erhöhung folgenden Kalendermonats zu kündigen. Bei einer Beitragsanhebung Anfang Juni wäre der Stichtag dementsprechend der 31. Juli.

Achtung: Maßgebend für den Beginn der Kündigungsfrist ist, wann die Beitragserhöhung nach der Satzung der be-

treffenden Krankenkasse in Kraft tritt. Ob sie sich beim einzelnen Versicherten unter Umständen erst später auswirkt oder ob ihm die Erhöhung erst später persönlich mitgeteilt wird, ist dabei unerheblich. Die Kündigung wird außerdem nur wirksam, wenn innerhalb der Kündigungsfrist eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse durch eine Mitgliedsbescheinigung nachgewiesen wird.

Ob sich ein Kassenwechsel tatsächlich lohnt, sollte aber genau überlegt werden. So ziehen beispielsweise viele Krankenversicherer nach der Beitragserhöhung einer anderen Kasse kurze Zeit später gleichfalls nach. Geklärt werden sollte auch, inwieweit bestimmte Zusatzleistungen außerhalb des gesetzlichen Leistungskatalogs, die von der bisherigen Kasse problemlos erbracht wurden, von der neuen Krankenkasse ebenso übernommen werden. *hb*



Foto: Bilder Box

Achtung! Künftig erkennen Sie nur noch auf dem Kontoauszug, dass sich Ihre Rente aufgrund eines erhöhten Krankenkassenbeitrages geändert hat.

Aus der Sicht behinderter Mädchen und Frauen

UN-Abkommen über Rechte behinderter Menschen unterzeichnet

Bereits 86 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben seit dem 30. März das UN-Abkommen über Rechte behinderter Menschen unterzeichnet, darunter auch Deutschland. Die Konvention ist die erste Menschenrechtskonvention der UN, die einen geschlechtsdifferenzierten Ansatz hat. Sie verankert also erstmals die bei der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking eingeführte Methode des Gender Mainstreaming (auf Deutsch in etwa: Integration der Gleichstellungsperspektive) in einem bindenden internationalen Vertragswerk. Hierfür hatte sich der SoVD gemeinsam mit dem Netzwerkartikel 3 in New York besonders eingesetzt. Damit die Konvention auch in Deutschland Geltung hat, muss sie noch ratifiziert werden.

Die Konvention unterscheidet sich von allen Erklärungen und Hinweisen, die bislang von den UN für Menschen mit Behinderungen verabschiedet wurden. Sie stellt für behinderte Menschen ausdrücklich klar: Die Vertragsstaaten müssen aktiveren allgemeinen Menschenrechte und fundamentale Freiheiten sicherstellen und Benachteiligung verhindern. Für Mädchen und Frauen mit Behinderungen stellt der Konventionstext in Artikel 6 zusätzlich klar:

1. Die Vertragsstaaten erkennen an, dass behinderte Frauen und Mädchen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind, und ergreifen in dieser Hinsicht Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt und gleichberechtigt genießen können.

2. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung, Förderung und Ermächtigung der



Foto: Photothek.net/Imo

Frauen, damit gewährleistet wird, dass sie die in diesem Übereinkommen genannten Menschenrechte und Grundfreiheiten ausüben und genießen können. (Arbeitsübersetzung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales)

Über diesen Artikel wurde bis zum letzten Tag der Jahre dauernden

Verhandlungen diskutiert. Neben Artikel 6 enthalten darüber hinaus auch folgende Artikel Bestimmungen, die spezifische Maßnahmen im Sinne von Mädchen und Frauen mit Behinderungen vorsehen:

- die Präambel
- Artikel 3 – Allgemeine Grundsätze
- Artikel 8 – Bewusstseinsbildung
- Artikel 16 – Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch
- Artikel 25 – Gesundheit
- Artikel 28 – Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz
- Artikel 34 – Ausschuss für die Rechte behinderter Menschen.

Die Deutsche Arbeitsübersetzung der Konvention ist im Internet abrufbar unter der Adresse: www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Teilhabe-behinderter-Menschen/internationales.html *sh*

Bundessozialgericht billigt Rentenanpassung

Am 27. März hat der 13. Senat des Bundessozialgerichts (BSG) entschieden, dass die Aussetzung der Rentenanpassung im Jahr 2004 die Rentner nicht in ihren Grundrechten verletzt. Dabei hat das BSG offen gelassen, ob Rentenanpassungen unter den Schutz von Art. 14 GG (Eigentumsschutz) fallen. Selbst wenn das grundsätzlich der Fall wäre, läge kein Verstoß gegen das Grundgesetz vor. Der Grund: Eine Rentenanpassung im Jahre 2004 wäre mit 0,04 Prozent in den alten bzw. 0,17 Prozent in den neuen Ländern äußerst gering ausgefallen. Deshalb sei dieser geringfügige Nachteil angesichts der mit der Aussetzung

verbundenen Absichten des Gesetzgebers (Beitragsstabilität, Finanzierbarkeit der Rentenversicherung) hinzunehmen (AZ: B 13 R 37/06 R).

Wir empfehlen trotz der ergangenen Entscheidung allen Rentnern, die seinerzeit Widerspruch gegen die Aussetzung der Rentenanpassung 2004 eingelegt hatten, ihr Rechtsmittel noch nicht zurückzunehmen. Weiterhin sind mehrere Musterverfahren des SoVD beim vierten Senat des BSG anhängig, dessen Entscheidung noch aussteht – ein Termin ist derzeit noch nicht absehbar. Wir werden aber auf jeden Fall rechtzeitig in unserer Verbandszeitung berichten. *hb*

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr! Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e. V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich

1/2-jährlich

jährlich

ab

KontoinhaberIn

Konto

BLZ

Geldinstitut

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein

ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein

ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name

1 Name und Geburtsdatum

Straße

2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort

3 Name und Geburtsdatum

SoVD Ortsverband

4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Diskussion zur Gesundheitsreform in Schleswig-Holstein

„Wieder haben sich Machtkalkül und Parteiräson gegenüber sachgerechter Problemlösung durchgesetzt.“

Am 18. April trafen sich die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (SPD), SoVD-Präsidiumsmitglied Sven Picker und Experten aus dem Gesundheitswesen zu einer Gesprächsrunde mit dem Thema „Die Gesundheitsreform – Der Durchbruch!?“ Nach einer zweistündigen Diskussion zog Sven Picker das Fazit: „Die Große Koalition in Berlin hat eine Riesenchance vertan, unser Gesundheitssystem zukunftssicher, solidarisch und gerecht zu gestalten.“

Zu Beginn der Veranstaltung, zu der der SPD-Kreisverband Dithmarschen eingeladen hatte, erläuterte Caspers-Merk die wichtigsten Grundzüge der Reform und stellte ihr ein durchaus positives Zeugnis aus: „Die Gesundheitsreform ist besser als ihr Ruf. Es ist gelungen, Probleme, die sich lange aufgestaut hatten, zu lösen. Ab sofort hat jeder das Recht auf eine Krankenversicherung, und der Wettbewerb unter den Krankenkassen wird zu besseren Bedingungen für die Patientinnen und Patienten führen.“ Allerdings hätte sie sich gewünscht, dass mehr Steuermittel in das Gesundheitssystem fließen würden: „Das war aber mit dem Koalitionspartner nicht zu machen.“

Sven Picker kritisierte die Reform als einen missglückten Versuch, die Kopfpauschale der CDU mit der

Bürgerversicherung der SPD in Einklang zu bringen: „Was jetzt in Berlin verabschiedet wurde, bringt kei-

Für ihn ist die Gesundheitsreform „im Besten ein Notnagel, aber keinesfalls der große Durchbruch.“ Aus Sicht der Krankenkassen sei gerade die Ausgestaltung des Wettbewerbsgedankens nicht zielführend: „Ein System, bei dem die Gesunden und Leistungsfähigen in die günstigsten Kassen abwandern und die Alten und Kranken – mit entsprechend höheren Gesundheitskosten – bei den anderen zurückbleiben, kann nicht funktionieren.“

Einig waren sich alle Diskussionssteilnehmer darin, dass in Zukunft die Prävention eine immer größere Bedeutung im Gesundheitswesen bekommen wird. Durch vernünftige Ernährung und regelmäßige Bewegung könnten die Gesundheitskosten drastisch gesenkt werden. Dennoch bleibt die Diskussion über ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem auf der politischen Tagesordnung. SoVD-Landesvorsitzender Sven Picker: „Wenn sich die politischen Parteien nicht zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung einigen können, müssen die Bürgerinnen und Bürger befragt werden. Die Zeit ist reif für einen Volksentscheid.“



Engagiert trug SoVD-Präsidiumsmitglied Sven Picker (am Pult) die Kritik des Verbandes an der Gesundheitsreform vor. Mit ihm diskutierten u. a. die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (li.), und Dr. Wolf-G. Riesenkampff von der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (Mitte).

ne Transparenz ins System, die Finanzierung steht auf wackeligen Beinen und das Schlimmste steht uns noch bevor: das Bürokratiemonstrum des Gesundheitsfonds.“ Statt sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden zu geben, hätte der Großen Koalition mit der vom SoVD geforderten und mitentwickelten solidarischen Bürgerversicherung der große Wurf gelingen können: „Aber wieder einmal haben sich Machtkalkül und Parteiräson gegenüber vernünftiger und sachgerechter Problemlösung durchgesetzt.“

Ähnlich argumentierte auch Peter Höfer von der Barmer Ersatzkasse.

Besuchen Sie unsere barrierefreie SoVD-Homepage www.sovd.de

Von Anna Bultmann, Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik des SoVD-Bundesverbandes

Warum regen sich bei uns so viele Menschen über den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung auf? In anderen EU-Ländern werden bereits weit mehr Krippenplätze für Kleinkinder angeboten und mit gutem Erfolg angenommen. Einerseits ist niemand verpflichtet, sein Kleinkind in einen Hort zu geben. Andererseits wäre ein Ausbau der Betreuung für die Mütter und Väter, die dringend einen Krippenplatz für ihr Kleinkind benötigen, eine große Hilfe bei der weiteren Planung ihres Familien- und Berufslebens. Es ist sicher gut, wenn die Mutter oder der Vater zu Hause bleiben können, um das Kleinkind zu betreuen, doch die Realität sieht leider oft anders aus. Großfamilien, in denen die Kinder zum Teil von den Großeltern betreut werden, gibt es kaum noch. Die junge Familie wohnt oft nicht einmal am gleichen Ort wie die Eltern, so dass eine Betreuung durch Großeltern oft unmöglich ist.

Darum würden es viele – und zum größten Teil berufstätige – Mütter sehr begrüßen, wenn sie einen Hortplatz für ihr Kind bekämen, damit sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Oft reicht der Verdienst einer Person für den Lebensunterhalt einer Familie nicht aus, so dass beide Elternteile erwerbstätig sein müssen. Viele Alleinerziehende, die wegen der Geburt eines Kindes von Hartz IV leben müssen, weil sie ihr Kind nicht unterbringen können, würden selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Viele Studentinnen und Studenten, die Kinder bekommen, müssen ihr Studium abbrechen, weil sie keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Junge Frauen, die sich in der Ausbildung befinden, müssen ihre Ausbildung unterbrechen, um ihr Kind zu betreuen.

In Zeiten von Arbeitslosigkeit wurde wieder die Forderung laut:

„Frauen zurück an den Herd!“. Es wurde von Zweiteinkommen gesprochen, wenn Mann und Frau arbeiteten.

Frauen sehen aber heute vielfach nicht mehr ihre Bestimmung darin,

Frauen im SoVD Das Thema

nur Haushalt und Familie zu versorgen, sondern haben genauso qualifizierte Berufe wie ihre Männer. Sie wollen ihre Berufe ausüben, ohne aber auf Kinder zu verzichten. Viele Frauen wünschen sich heute eine partnerschaftliche Teilung der Haus- und Familienarbeit. Dabei ist es außerordentlich wichtig, dass

Neues Gesetz ab 1. Mai 2007

Kombilohn für Arbeitnehmer ab 50

Ab Mai 2007 verbessern sich die Beschäftigungschancen älterer Menschen. Ein entsprechendes Gesetz ist das Gegenstück zur bereits beschlossenen Erhöhung des Renteneintrittsalters. Ziel der Neuerung ist es, dass künftig wieder mehr Ältere einen Job finden.

Die neuen Regelungen umfassen die Erleichterung von befristeten Arbeitsverträgen, einen neuen Einstellungszuschuss und die Möglichkeit der Förderung der beruflichen Weiterbildung. Kern ist jedoch die Weiterentwicklung der bisherigen Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer zu einem Kombilohn mit zweijähriger Förderdauer.

Anspruchsberechtigt für die Förderung, die bis Ende 2009 befristet ist, sind alle Arbeitnehmer, die mindestens 50 Jahre alt sind und durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden sowie Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens 120 Tagen haben und das Arbeitsentgelt tariflich oder ortsüblich ist. Gefördert werden „Nettoentgeltdifferenzen“ von mehr als 50 Euro: wenn also das dem Arbeitslosengeld zugrunde liegende Nettoeinkommen der früheren Beschäftigung um mindestens 50 Euro höher war als das Nettoeinkommen aus der neuen Tätigkeit. Das gilt auch für Arbeitnehmer, die bei demselben Arbeitgeber – frühestens zwei Jahre zuvor – schon einmal beschäftigt waren.

Dem Arbeitnehmer werden im ersten Jahr nach Aufnahme der Beschäftigung 50 Prozent und im zweiten Jahr 30 Prozent der monatlichen Nettoentgeltdifferenz von der Arbeitsagentur „draufgelegt“. Außerdem wird ein zusätzlicher Beitrag zur Rentenversicherung entrichtet: Der Unterschied zwischen 90 Prozent des früheren Bruttogehalts und des Bruttogehalts aus der neuen Beschäftigung wird dafür angesetzt.

Ergänzt wird der Kombilohn durch eine Neuregelung im Teilzeit- und Befristungsgesetz: Arbeitsverträge mit Arbeitnehmern, die mindestens 52 Jahre alt sind,

dürfen bis zu fünf Jahren befristet werden, ohne dass dafür ein sachlicher Grund vorliegen müsste, wenn der Arbeitnehmer vorher mindestens vier Monate lang arbeitslos war. Dabei kann das Arbeitsverhältnis in der fünfjährigen Zeitspanne beliebig oft verlängert werden.

Zudem können Arbeitgeber für die Einstellung von Arbeitnehmern, die mindestens 50 Jahre alt sind, einen Zuschuss zu den Arbeitsentgelten erhalten. Dafür muss ein Arbeitnehmer eingestellt werden, der entweder vorher mindestens sechs Monate arbeitslos war oder bei dem die Vermittlung allgemein wegen persönlicher Umstände erschwert ist – zum Beispiel weil der Arbeitnehmer in dem neuen Job ungelernt ist. Der Arbeitsvertrag muss für mindestens ein Jahr geschlossen werden. Der Arbeitgeber erhält dann je nach Ermessen der Arbeitsagentur einen Zuschuss von 30 bis 50 Prozent des Arbeitsentgelts für mindestens zwölf, höchstens aber 36 Monate. Für schwer behinderte Arbeitnehmer gibt es gegebenenfalls entweder einen höheren Zuschuss oder eine längere Förderdauer. Der Zuschuss wird nur für Arbeitsverhältnisse geleistet, die vor 2010 begonnen haben.

Außerdem wird die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erleichtert, die bereits in einem Beschäftigungsverhältnis stehen: Wenn der Arbeitnehmer mindestens 45 Jahre alt ist und der Arbeitgeber während der Weiterbildung das Gehalt weiter zahlt, kann die Arbeitsagentur die Kosten für bestimmte Weiterbildungsmaßnahmen übernehmen. Allerdings gilt diese Regelung nur für Betriebe, die weniger als 250 Arbeitnehmer beschäftigen.

W.B.

Mehr Hortplätze für Kinder unter 3!

Für Schlagzeilen in den Medien sorgte die Forderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, mehr Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren anzubieten. Der in Politik und Kirche diskutierte Ausbau der Kleinkinderbetreuung wird unterschiedlich bewertet.



Statt immer wieder darüber zu klagen, dass Deutschland zu wenig Kinder hat, muss endlich etwas dafür getan werden, dass ein Leben mit Kindern in der heutigen Gesellschaft möglich ist!

Anzeige

Schmerzen?
KS bodyguard®
 Die Sandbadkur mit Magnetit-Therapie
 hilft wirkungsvoll bei:
 Arthrose (sehr gut für Fingergelenke), Bandscheibenbeschwerden, Rheuma, Gicht, Muskelverspannungen, Hexenschuß, bei der Heilung von Knochenbrüchen, Durchblutungsstörungen und Sportverletzungen, Kopf- und Zahnschmerzen sowie Migräne.
 Schón ab € **9,95**
 In verschiedenen Größen erhältlich!
 KSW Wemding GmbH • Harburgerstr. 100
 86650 Wemding • Tel. 0 90 92-2 21
 Fax 0 90 92-1651 • www.ks-bodyguard.de

Welches Verhalten schont den Geldbeutel und die Umwelt?

Stromsparen in privaten Haushalten

In den vergangenen Wochen hat die Diskussion um Energiesparen und einen bewussteren Umgang mit Strom angehalten. Anlass waren nicht zuletzt zahlreiche Berichte über eine Veränderung des Weltklimas. Neben dringend nötiger Initiativen auf politischer Ebene gibt es ganz einfache Maßnahmen, die im Privathaushalt schon jetzt umgesetzt werden können. Viele Mitglieder des SoVD gehen hier mit gutem Beispiel voran.

Tipps zum Energiesparen finden sich regelmäßig in Zeitungen und Fernsehsendungen. Dass man beispielsweise beim Verlassen eines Raumes dort das Licht ausschaltet, gehört dabei wohl noch zu den gängigsten Ratschlägen. Auch zum Ersetzen herkömmlicher Glühbirnen durch Energiesparlampen wird aufgefordert –

eine Investition, die SoVD-Mitglied Johannes Preitz aus Sachsen-Anhalt längst getätigt hat. Der Diplomingenieur hat bereits vor Jahren auf Sparlampen umgestellt.

Ein weiteres Problem in vielen Haushalten stellen Geräte dar, die kontinuierlich geringe Mengen an Strom verbrauchen, obwohl sie gar nicht eingeschaltet sind. Für dieses Problem hat Jürgen Carow, SoVD-

Landesverband Niedersachsen, eine pragmatische Lösung gefunden: Er hat für sämtliche seiner Geräte einen

teren Menschen das Aufstehen oft schwerfällt und sie daher ihren Fernseher mit der Fernbedienung im Stand-by-Modus ein- bzw. ausschalten. Hier wäre die Industrie gefordert, energiesparende Technologien, die nicht auf Kosten des Komforts gehen, stärker als bisher anzubieten.

Ebenso wünschenswert wäre es, wenn Politiker in Sachen Energiesparen mit gutem Beispiel vorangingen – etwa durch das Fahren von Autos mit geringerem Kraftstoffverbrauch. Bis das aber geschieht, sollten wir ruhig unseren eigenen Umweltbeitrag leisten und wo immer möglich keine Energie verschwenden. Wie hat es Johannes Preitz formuliert: „Tun Sie dies auch – in der Summe schaffen wir es!“

Frage des Monats – Ihre Meinung

Sind Sie bereits Energiesparer? Das wollten wir in unserer Frage des Monats April von den SoVD-Mitgliedern wissen. Bis Redaktionsschluss haben sich über 100 Menschen an der Umfrage im Internet beteiligt. Das Ergebnis: Knapp zwei Drittel von ihnen (64 Prozent) nutzen bereits entsprechende Technologien wie etwa Energiesparlampen.

Unter www.sovd.de konnten SoVD-Mitglieder auch erstmals eigene Kommentare abgeben. Eine Auswahl dieser Meinungen finden Sie in diesem Artikel, die Frage des Monats Mai auf Seite 12.

Netzschalter installiert, der sicherstellt, dass diese auch wirklich ausgeschaltet sind. Mit Steckdosenleisten, die einen separaten Schalter besitzen, lässt sich dieser „Trick“ ganz einfach umsetzen.

Auch Heinz Stolzenberg, SoVD-Mitglied aus Bayern, schaltet seine Geräte komplett aus, wenn er sie nicht benutzt. Er weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass vor allem äl-

Was tun nach den Urteilen des Finanzgerichts?

Pendlerpauschale auf der Steuerkarte auf jeden Fall eintragen lassen

Zwei Urteile des Niedersächsischen Finanzgerichts brachten die Neuregelung der Entfernungspauschale für Millionen Arbeitnehmer gehörig durcheinander. Das Gericht hält die zum Jahresbeginn verfügte Streichung der Pendlerpauschale von 30 Cent für die ersten 20 Kilometer zum Arbeitsplatz für verfassungswidrig. Der Weg zur Arbeit sei kein Privatvergnügen, sondern beruflich veranlasst.

Mehr noch: Der zweite Schlag ins Spar-Kontor der Bundesregierung folgte wenige Tage später: Dasselbe Gericht verpflichtete ein Finanzamt, einem Steuerzahler im Wege „vorläufigen Rechtsschutzes“ den beantragten Freibetrag auf der Steuerkarte zu notieren – einschließlich der ersten 20 Kilometer Arbeitsweg (= pro Tag 6 Euro).

Das Bundesverfassungsgericht wird sich mit diesen Argumenten des niedersächsischen Gerichts auseinandersetzen haben: Die Neuregelung verstoße in zweifacher Hinsicht gegen das „Nettoprinzip“. Mit der Streichung der Pauschale werde sowohl gegen das objektive als auch gegen das subjektive Nettoprinzip verstoßen: Subjektiv, weil in bestimmten Fällen das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum besteuert wird (durch die Nichtanerkennung der Werbungskosten „erhöht“ sich das Ein-

kommen). Objektiv, weil zwangsläufig für die Erzielung von Einkommen entstehende Kosten nicht mehr zum

Lohnsteuerhilfvereine auf: So könne es zur Ablehnung von Anträgen auf Kindergeld kommen, wenn wegen

der Kürzung das Einkommen des volljährigen Kindes die Grenze von 7680 Euro pro Jahr überschreitet. Ebenso wirke sich die Kürzung bereits jetzt bei Fahrkostenzuschüssen der Arbeitgeber aus, die seit Januar 2007 für die ersten 20 Kilometer nicht mehr pauschal versteuert und sozialabgabenfrei ausgezahlt werden dürften.

Was also tun? Arbeitnehmer sollten unter Hinweis auf das Urteil des Nie-



Foto: Moers / vario images

Dass Berufstätige seit Jahresbeginn nur noch einen Teil der Fahrtkosten von der Steuer absetzen dürfen, ist grundgesetzwidrig.

Abzug zugelassen werden. Es sei im Übrigen kein ausreichender Grund ersichtlich, dass die Arbeitnehmer „die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren“ hätten. (AZ: 8 K 549/06)

Was die Eintragung des Freibetrages auf der Steuerkarte betrifft, so befand dasselbe Gericht: Mit Blick darauf, dass das Bundesverfassungsgericht bei der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Gesetzesregelung „regelmäßig dem Gesetzgeber zumeist lange Übergangsfristen zur Nachbesserung“ einräume, sei „die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes“ geboten. Der Freibetrag müsse deshalb „zunächst eingetragen“ werden. (AZ: 7 V 21/07)

Dass die Kürzung der Pendlerpauschale noch weitere Folgen haben kann, zeigt der Neue Verband der

niedersächsischen Finanzgerichts darauf dringen, dass für die Arbeitswege zumindest vorläufig ein Freibetrag auf ihrer Steuerkarte notiert wird. Dafür ist allerdings grundsätzlich Bedingung, dass die gesamten Werbungskosten mindestens 1520 Euro betragen (920 Euro Arbeitnehmerpauschale plus 600 Euro, die dann zu einem 50 Euro-Freibetrag führen würden). Lehnt das Finanzamt ab, so kann dagegen Einspruch eingelegt werden. Sobald die niedersächsischen Verfahren beim Bundesverfassungsgericht beziehungsweise Bundesfinanzhof „angekommen“ sind, ist davon auszugehen, dass Entscheidungen der Finanzverwaltung in diesen Punkten nur noch vorläufig ergehen – womit der Steuerzahler auf der sicheren Seite wäre. W.B.

Nach dem niedersächsischen Finanzgericht hat auch das Finanzgericht des Saarlandes die Kürzung der Pendlerpauschale als verfassungswidrig eingestuft. Dem Bund der Steuerzahler zufolge sind von der Neuregelung 15 Millionen Autofahrer betroffen.



Besprachen die Finanzen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt (von li.): Holger Güssau, Brigitte Pitzke, Günter Hoffmann, Ingeborg Saffe, Günter Gräfe, Ursula Steinhäuser und Herbert Bohlmann.

Bundesschatzmeisterin besucht Bilanzberatung in Sachsen-Anhalt

Die Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe war zugegen, als die Revisoren des Landesverbandes Sachsen-Anhalt Ende März die Bilanz des Jahres 2006 abschließend berieten und bestätigten. Anwesend waren weiterhin Herbert Bohlmann (Schatzmeister des Landesverbandes Sachsen-Anhalt), Holger Güssau (Organisator des Landesverbandes) und Brigitte Pitzke (Leiterin der Abteilung Finanzen beim Bundesverband).

In Sachsen-Anhalt – dies ist eine der zentralen Aussagen der Bilanz – ist in den letzten vier Jahren ordentlich gespart worden: Die Organisationskosten sowie die Werbungs- und Geschäftskosten wurden insgesamt um 70 Prozent gesenkt. Wenn auch das Jahr 2006 dem Landesverband in Bezug auf den Finanzplan einige ernste Probleme bereitet hat, so ist dem Landesverband zu bestätigen, dass mit Unterstützung der Kreisverbände Maßnahmen getroffen wurden, um im Jahr 2007 eine erfolgreiche Arbeit leisten zu können. Im Interesse der Mitglieder wurde seitens des Landesvorstandes auf eine exakte Finanzdisziplin geachtet.

Auf der kommenden Landesverbandstagung soll der weitere Weg abgesteckt werden.

Weite Wege zum Briefkasten: Post will Service reduzieren

Als privatisiertes Unternehmen spielen für die Deutsche Post AG zunehmend wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. Gerade der Unterhalt kleinerer Filialen rechnet sich für den gelben Riesen scheinbar immer weniger. Deshalb denkt der ehemalige Staatsbetrieb nun darüber nach, sein Angebot im ländlichen Raum zu reduzieren.

Bisher ist die Post gesetzlich dazu verpflichtet, deutschlandweit eine Grundversorgung anzubieten – die genauen Bestimmungen dazu werden in der „Universaldienstverordnung“ geregelt. Deren Details werden auf der Basis einer Richtlinie der Europäischen Kommission derzeit im Bundeswirtschaftsministerium überarbeitet. „Die EU-Richtlinie“, so Elmar Müller vom Deutschen Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation, „beschreibt eine sehr abgespeckte Form des Universaldienstes.“

Wenn Ende des Jahres das Briefmonopol der Deutschen Post endgültig fällt, werden weitere Mitbewerber dem ehemaligen Staatsunternehmen Konkurrenz machen. Für die Post bedeutet das zusätzliche Einsparungen. Für ihre Kunden könnte es bedeuten, dass sie für bestimmte Serviceleistungen wie Express- oder Nachnahmesendungen längere Wege in Kauf nehmen müssen.



Foto: Korth / Caro

Klein, gelb, kompakt: Geringe Personalkosten und günstig im Unterhalt – sieht so die Postfiliale der Zukunft im ländlichen Raum aus?

Seniorin erzählt mit Begeisterung Märchen

Es war einmal ein Unglückshuhn...

Helga Gottschalk ist 74 Jahre alt. In ihrem Leben hat sie schon viele Geschichten gehört und erzählt. Für den Berliner Verein Erfahrungswissen älterer Menschen e.V. besucht sie regelmäßig Schulen, Kindergärten und Seniorenheime. Dort pflegt sie eine alte Kunst, die vielfach in Vergessenheit geraten ist: Sie erzählt Märchen.

Ein Baugerüst verbirgt die Fassade der Pettenkofer Grundschule in Berlin-Friedrichshain. Das Haus wird gerade saniert, und Baulärm durchdringt immer wieder die Stille des alten Gebäudes. Die Kinder, die sich an diesem Nachmittag in der kleinen Turnhalle versammelt haben, scheint das nicht weiter zu irritieren. Ganz im Gegenteil. Im Kreis haben sich die Jungen und Mädchen auf die weichen Sportmatten gesetzt, gebannt blicken sie vor sich auf den Boden. Dort hat Helga Gottschalk einige Tücher ausgebreitet, auf denen sie Kerzen, ein kleines Huhn aus Stroh und andere Utensilien verteilt hat. Damit möchte sie die Geschichte, die sie gleich erzählen wird, für ihre Zuhörer erfahrbar machen.

Nachdem alle Zuhörer Platz genommen haben, gibt Helga Gottschalk einem der Kinder ein Zeichen. Das Mädchen hebt zwei goldene Schellen und schlägt sie dreimal gegeneinander. Mit diesem Ritual wird jedes Märchen eingeläutet. Das wissen die Kinder natürlich und so hören sie aufmerksam zu, als die Erzählerin beginnt: „Heute möchte ich Euch eine Geschichte erzählen, die Hans Fallada geschrieben hat – es ist das Märchen vom Unglückshuhn.“ Nach einer kurzen Pause beginnt die 74-Jährige dann mit den Worten, mit denen jedes anständige Märchen anfängt: „Es war einmal“.

Seit über zehn Jahren schon geht Helga Gottschalk regelmäßig in Schulen, Kindergärten oder Seniorenheime, um dort Geschichten zu erzählen. Angefangen hat sie mit dem Erzählen bereits, als sie selbst noch ein Kind war. Damals hat sie ihren kleineren Geschwistern mit Märchen die Zeit vertrieben. Nach ihrer Ausbildung hat sie lange Jahre gearbeitet – unter anderem als

mentare der Kinder geht sie kurz ein. Als in der Geschichte erstmals das Unglückshuhn auftaucht, deutet eines der Kinder begeistert auf das Strohhuhn vor sich auf dem Boden. Unruhe aber kommt in dieser guten halben Stunde nicht auf. Viel zu aufmerksam lauschen die Jungen und Mädchen den Worten der grauhaarigen Frau.

Die persönliche Ansprache und der Augenkontakt sind es, die das Märchen erzählen vom bloßen Vorlesen unterscheiden. Selbst Kinder, denen es sonst eher schwerfällt, sich zu konzentrieren, werden auf diese Art einbezogen. Auch Helga Gottschalk kann diese Momente genießen: „Es ist eine wunderschöne Sache. Es macht mir selber Spaß und zusätzlich bringe ich anderen noch Freude.“

Längst geht die agile Frau nicht mehr nur in Schulen und Kindergärten – auch Seniorenheime und andere Einrichtungen haben ihre Fähigkeit für sich entdeckt. Dort gibt Helga Gottschalk dann meist orientalische Märchen zum Besten, die für ein kindliches Publikum weniger geeignet wären. Schmunzelnd erinnert sich die Erzählerin noch heute an die Einladung eines jungen Mannes, der seine Freundin überraschen wollte. Während das Pärchen dann nebeneinander auf dem heimischen Sofa saß, trug Helga Gottschalk den beiden unbekannt Märchen der Gebrüder Grimm vor. Ungewöhnlich? Vielleicht. Aber wie Helga Gottschalk findet: „wunderschön, und ein ganz toller Abend!“ *jb*



Foto: Redaktion

Auch die Atmosphäre ist wichtig und prägt das Erleben der Geschichte: Für ihre jüngeren Zuhörer verteilt Helga Gottschalk einige Accessoires.

Leiterin eines Kindergartens. Als es mit dem Berufsleben vorbei war, musste sich Helga Gottschalk neu orientieren, ihre gewonnene Zeit neu einplanen. Heute spricht sie darüber ganz pragmatisch: „Die Kohlen im Keller waren geputzt, alles war aufgeräumt. Na und – wat machste nun?“ Eine Zeitungsanzeige kam der Rentnerin damals zu Hilfe: Für eine Gruppe Märchenerzähler wurden dort noch Leute gesucht. Sie hat sich gemeldet und es bis heute keinen einzigen Moment bereut.

Als Erzählerin hat sie es mittlerweile zu einer beeindruckenden Form gebracht. Ohne Vorlage schildert sie den Kindern in der Turnhalle Falladas Erzählung und gerät dabei kein einziges Mal aus dem Konzept. Selbst auf die Reaktionen und Kom-

Zahlungsverkehr in der Europäischen Union

Bezahlen in Europa: einfacher und billiger

Das Zahlen per Bankkarte, Lastschrift und Überweisung soll in der Europäischen Union einfacher und billiger werden. Das sieht eine EU-Richtlinie vor, die Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in Brüssel mit seinen EU-Kollegen nach jahrelangen Verhandlungen auf den Weg brachte. Damit wird bis 2010 erstmals ein europäischer Zahlungsraum geschaffen.

Schon ab dem kommenden Januar sollen Kunden ihre Bankkarten erstmals in der ganzen EU einsetzen können. Ziel der neuen Regeln ist es, grenzüberschreitende Zahlungen so einfach, billig und sicher zu machen wie Zahlungen im Heimatland.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sprach von einem „sensationalen Ergebnis“ und prophezeite, dass es für die Verbraucher billiger werde. Bereits ab dem kommenden Jahr soll es nach Angaben der Kreditinstitute im EU-Ausland grundsätzlich möglich sein, mit jeder Bankkarte an jedem Geldautomaten Geld abzuheben. Damit wird der Einsatz der rund 350 Millionen Bankkarten deutlich erleichtert. Auch die Gebühren sollen sinken. Ab dem 1. Januar 2008 sollen in allen EU-Staaten einheitliche Überweisungsformulare vorliegen, bis 2010 zunächst parallel zu den existierenden nationalen Formularen. Diese zweijährige Umstellungsfrist soll den Verbrauchern die Umstellung auf die neuen Vorgaben erleichtern. Ab 2010 müssen auch bei nationalen Überweisungen die internationale Bankkontonummer (IBAN) und die internationale Bankleitzahl (BIC) des Empfängers angegeben werden, die bislang nur bei Überweisungen in andere Staaten notwendig sind.

Weitere Neuerungen könnten bald europaweit Wirklichkeit werden: Etwa das Bezahlen per SMS im Restaurant oder beim Zahnarzt, wie es



Foto: Kerpa / vario images

Bargeldlos zahlen wird einfacher.

Belgien im Mai einführt. Bei Einkäufen im EU-Ausland können sich Verbraucher das Geld zudem künftig vom heimischen Konto abbuchen lassen. Solche Lastschriftverfahren gibt es bisher in vielen EU-Ländern nicht. Zudem werden Bankgeschäfte beschleunigt: Überweisungen müssen bereits nach einem Tag auf dem Konto gutgeschrieben werden. Bisher dauert dies oft drei Tage oder mehr. Beim Online-Banking oder bei Kartenzahlungen soll eine EU-weite Haftungsobergrenze gelten: Bei Missbrauch müssen Kunden dann mit bis zu maximal 150 Euro für Verluste geradestehen.

Nach der für Mai erwarteten formellen Annahme durch die Minister muss noch das EU-Parlament zustimmen. Die deutsche EU-Präsidenschaft rechnet dabei mit breiter Zustimmung. Alle EU-Staaten müssen das Gesetz dann bis zum 1. November 2009 in nationales Recht umsetzen. Bankkunden können wegen der Vorarbeit der Geldinstitute aber schon ab Januar kommenden Jahres von ersten Neuerungen profitieren.

Besuchen Sie unsere Homepage
www.sovd.de

Zyprien legt Reformpläne des Erbrechts vor

Mehr Gerechtigkeit beim Erben

Der letzte Wille in einem Testament soll künftig noch stärkeres Gewicht erhalten und „unwürdige Erben“ sollen leichter als bisher enterbt werden können. Das ist einer der Kernpunkte einer Reform des Erbrechts, die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) vorgestellt hat.

Nach dem Gesetzentwurf sollen auch Angehörige besser gestellt werden, die einen Verwandten vor seinem Tod lange Zeit gepflegt haben. Geplant ist außerdem, Schenkungen des Erblassers zu Lebzeiten differenzierter zu behandeln. Der Entwurf soll zunächst innerhalb der Bundesregierung diskutiert werden.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries will vor allem Änderungen im sogenannten Pflichtteilrecht vornehmen. Dieses gewährt Angehörigen auch dann einen Erbsanspruch, wenn der Erblasser sie durch Testament oder Erbvertrag eigentlich nicht als Erben vorgesehen hat. Der Pflichtteil liegt in der Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbteils. Beispiel: Stirbt ein Mann, der Frau und Sohn zurücklässt, beträgt der Pflichtteilanspruch des Sohns ein

Viertel des Nachlasses.

Bislang war es nur dann möglich, dem unliebsamen Angehörigen den Pflichtteil testamentarisch zu entziehen, wenn der Berechtigte dem Erblasser „nach dem Leben getrachtet“ oder ihn schwer misshandelt hat. Künftig soll für eine Enterbung schon eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung ausreichen, „wenn es für den Erblasser unzumutbar ist, dem Verurteilten seinen Pflichtteil zu belassen“. Zu denken ist etwa an Fälle, in denen der Erblasser bestohlen oder betrogen wurde. Große praktische Bedeutung dürfte die geplante neue Privilegierung von Schenkungen haben. Oft verschenken Personen schon zu Lebzeiten größere Vermögenswerte etwa an Nachbarn, die sich um sie im Alter

gekümmert haben. Über diesen Schenkungen schwebte bislang der sogenannte Pflichtteilergänzungsanspruch. Rückwirkend bis zu zehn Jahre konnte der Pflichtteilberechtigte verlangen, dass das verschenkte Vermögen zum Nachlass gezählt wird. Der Berechtigte wurde dadurch so gestellt, als ob es die Schenkung nicht gegeben hätte und konnte einen dem vollen Pflichtteil entsprechenden Geldbetrag verlangen.

Die Reform sieht nun vor, dass die Schenkung für die Pflichtteilberechnung graduell immer weniger Berücksichtigung findet, je länger sie zurückliegt. Im ersten Jahr vor dem Erbfall würde sie voll in die Berechnung des Nachlasses einbezogen, zwei Jahre davor nur noch zu 9/10 und in jedem weiteren Jahr um je ein Zehntel weniger. *dpa*

Anzeige

Lifta, der Treppenlift



Jetzt auch zur Miete

- ▶ Geprüfte Beratungs- und Servicequalität
- ▶ Lifta passt praktisch überall
- ▶ Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- ▶ Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- ▶ Über 60.000 verkaufte Liftas
- ▶ Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- ▶ Eigener Kundendienst bundesweit
- ▶ 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de



Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort Tel.-Nr.

Lifta GmbH, Abt. SOV 17, Horbeller-Straße 33, 50858 Köln



30 Jahre Hansa-Park Wir verlosen drei Familienkarten!

Viele Mitglieder haben bereits von der Kooperation mit dem Hansa-Park profitiert. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Hansa-Parkes verlosen wir drei Familienkarten. Pro Karte können bis zu vier Personen den Erlebnispark am Meer für einen Tag genießen. Die Eintrittskarten sind aktionsbezogen und gelten nur in der Saison 2007. Bis zum 28. Oktober ist der Hansa-Park täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Familienkarten im Wert von je 88 Euro. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovde.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (bitte das Stichwort „Hansa-Park“ angeben!). Einsendeschluss ist der 15. Mai 2007.

Sonderbeitrag zum 90. Jubiläum der Gründung unseres Verbandes am 23. Mai 1917

Dank oder Recht?

Der Erste Weltkrieg war der erste große Krieg des Industriezeitalters. Millionenheere trafen mit Waffen aufeinander, die ein industrielles Töten erlaubten: Maschinengewehre, Panzer, Giftgas – eine Trias des Schreckens auf dem Schlachtfeld. In der Luft zogen die ersten Kampfflugzeuge ihre Bahn. Trommelfeuer war das Markenzeichen des Stellungskrieges im Westen, zu dem der „Waffengang“ dort bald erstarrte, ein todbringendes, ständig

krachendes Inferno, dessen Einschläge die Erde wieder und wieder umpflügten. Niemand war auf die Schrecken dieses Krieges vorbereitet, weder geistig, noch hinsichtlich der Vorsorge für die Opfer. Trotz einer völlig unzureichenden Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wurden erst 1916 Überlegungen zur Gründung von Kriegsofferverbänden angestellt.

von Wolfgang Falk

Wegbereiter der Gründung des späteren Sozialverband Deutschland war der sozialdemokratische Journalist Erich Kuttner. 1915 meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst, wurde 1916 vor Verdun verwundet und nach monatelangem Lazarett-aufenthalt wegen einer Nervenverletzung im Arm als für den weiteren Kriegsdienst untauglich entlassen. Schon im Lazarett hatte sich Kuttner, den seine Beschädigung im Berufsleben kaum behinderte, Gedanken darüber gemacht, wie seine Kameraden ohne gesunde Glieder ihr Leben fristen würden. Seine Konsequenz war die Erkenntnis, dass nach gewerkschaftlichem Vorbild nur eine starke Organisation der Kriegsoffer in der Lage sein würde, die Lebensumstände durch den Kampf für eine gerechte Versorgung zu verbessern.

Was Kuttner in der Theorie so überzeugend darzulegen vermochte, bereitete in der Praxis ungeheure Schwierigkeiten, die in der Klassenstruktur des Kaiserreiches begründet waren: Wachten auf der politischen Rechten die reaktionären Kriegervereine, die keine Sozialdemokraten aufnahmen, darüber, dass ihnen keine unliebsame Konkurrenz entstand, so fürchteten auf der Linken die Gewerkschaften eine Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Gründung einer unabhängigen Kriegsteilnehmer- und Kriegsofferorganisation und stellten sich auf den Standpunkt, dass sie selbst die ge-



Nicht 90, aber immerhin 89 Jahre alt ist diese Fotografie aus den Gründerjahren des Reichsbundes, des heutigen Sozialverband Deutschland. Zu sehen sind die Teilnehmer des 1. Bundestages in Weimar im Jahr 1918.

eigneten Fürsprecher der Kriegsoffer seien.

Erst recht war mit dem wilhelminischen Staat als Gegner von Kuttners Plänen zu rechnen. Zwar gab es keine offiziellen Äußerungen, die den bei Kriegsbeginn geschlossenen, wegen der innenpolitischen Krise schon bröckelnden Burgfrieden mit der SPD hätten gefährden können, aber desto peinlicher war die misstrau-

sche Beobachtung durch Militär und politische Polizei. Die katastrophale Versorgungslage nach dem Steckrübenwinter 1916/17 führte in eine tiefe Krise, die im Frühjahr 1917 Massenstreiks für einen Verständigungsfrieden, für größere politische Rechte und eine bessere Lebensmittelversorgung auslöste. Zur gleichen Zeit spaltete sich die USPD von der SPD ab, um ungehindert dieselben Ziele

verfolgen zu können. Und schließlich hatte auch die Schwerindustrie im Ruhrgebiet erkannt, dass die wachsende Unzufriedenheit der Kriegsoffer am besten durch die Gründung einer nur scheinbar die Interessen der Kriegsoffer vertretenden Organisation zu steuern sei, deren wahre Aufgabe in deren Besänftigung zu liegen habe. Im April 1917 wurde dieser von der Industrie gesponserte „Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen der Kriegsbeschädigten im Deutschen Reich“ in Essen gegründet.

Nun sah auch Kuttner die Zeit zum Handeln ohne Rücksicht auf Partei und Gewerkschaften für gekommen. Am 29. April 1917 brachte die sozialdemokratische Parteizeitung „Vorwärts“ eine kleine Notiz: „... In Berlin haben bereits eine Anzahl in der Arbeiterbewegung tätiger Kriegsteilnehmer miteinander Fühlung genommen, um demnächst eine Besprechung dieser Dinge“ – näm-

lich der Gründung einer Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten – „zu veranstalten. Weitere Interessenten, Kriegsteilnehmer aller Art und sonstige Freunde der Sache, welche wünschen, an dieser Besprechung teilzunehmen, werden gebeten, ihre Adresse umgehend einzusenden an Erich Kuttner...“

Dieser Text deutet darauf hin, dass man mit aller Vorsicht zu Werke ging: Die Teilnehmer sollten sorgfältig ausgewählt werden, um zu vermeiden, dass sich Agenten staatliche Stellen erschleichen und andererseits Gegner dieser Absichten aus SPD und Gewerkschaften die Sache sofort torpedieren. Schließlich sollte auch der sozialistische Bruderstreit nicht in die als parteipolitisch neutral gedachte Organisation hineingetragen werden.

Am 11. Mai 1917 trafen sich 21 Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte und beschlossen, einen Satzungsentwurf auszuarbeiten und die Gründungsversammlung für den 23. Mai 1917 einzuberufen. Dort fanden sich 32 Teilnehmer ein, die Erich Kuttner und Richard Heckmann, den Vorsitzenden einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, zu gleichberechtigten Vorsitzenden des „Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ wählten. Die Satzung forderte u. a. die Reform des Militärrentenwesens, einen geordneten Rechtsweg unter Mitwirkung der Betroffenen, Gleichstellung der Kriegsoffer bei den staatsbürgerlichen Rechten und eine Politik, die die Entstehung von Kriegen verhindert. Als erste Schrift erschien im Juni 1917 eine Mini-Broschüre mit dem Titel „Dank oder Recht?“, die den Rechtsanspruch der Kriegsoffer auf Versorgung begründete.

Aber auch der Staat wurde aktiv: Die Militärbehörden erließen am 11. Juni 1917 ein „Zensurverbot“, das den Zeitungen untersagte, über den Bund zu berichten. Das Verbot konnte allerdings die Ausbreitung des Bundes auf das Reich nicht verhindern.

SoVD-Jubiläumsfeiern / Fotowettbewerb 2007

Fotografieren Sie Ihren Ortsverband!

In unzähligen SoVD-Ortsverbänden fanden im vergangenen Jahr und zu Beginn dieses Jahres Jubiläumsfeiern statt. In vielen weiteren stehen in den nächsten Monaten ähnliche Festlichkeiten an. Die einen feiern die Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg, andere die Gründung vor 60 oder noch mehr Jahren. Natürlich würde es den Rahmen unserer Mitgliederzeitung sprengen, wenn wir alle diese Ereignisse im Bundesteil darstellen würden. Einerseits. Andererseits wollen wir die Bemühungen, das Engagement der Ortsverbände, die ja die „Seele“ unseres Verbandes darstellen, entsprechend würdigen. Mehr noch: Wir wollen den Ortsverbänden eine Gelegenheit bieten, ihre Aktivitäten über die jeweiligen Landesverbands-grenzen hinaus zu präsentieren.

Deswegen planen wir für Ende des Jahres eine Sonderseite, auf der wir die Jubiläumsfeiern der einzelnen Ortsverbände dem ganzen großen SoVD-Publikum präsentieren.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte: Getreu diesem Motto wollen wir die Feiern der Ortsverbände nicht mit Worten, sondern bildlich darstellen. Hierfür sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen: Haben Sie ein Foto von der Jubiläumsfeier Ihres Ortsverbandes gemacht? Haben Sie vor, eines zu machen, wenn Ihr Ortsverband demnächst „Geburtstag“ feiert? Dann schicken Sie uns Ihre Fotografie (beachten Sie bitte den Einsendeschluss!). Und schreiben Sie uns kurz, wann das Bild aufgenommen wurde und zu welchem Anlass – und welche Personen darauf zu sehen sind.

Unter allen Einsendungen wählen wir die drei gelungensten Fotos aus und drucken sie an prominenter Stelle auf unserer Sonderseite ab (auch die nicht prämierten Bilder werden wir collagenhaft abdrucken). Zusätzlich verlosen wir unter allen Einsendungen insgesamt 30 mal Band I und II der neuen SoVD-Chronik. Teilnehmen lohnt sich also in jedem Fall!

Senden Sie Ihre Fotos an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin; Stichwort: Jubiläum. Willkommen sind Abzüge auf Papier und digitale Fotos (Achtung: Die Auflösung muss mindestens 300 Pixel pro Inch betragen). Letztere schicken Sie bitte per E-Mail an redaktion@sovd.de (Stichwort: Jubiläum). Vergessen Sie bitte in beiden Fällen den kurzen Begleittext nicht!

Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2007. Die eingesandten Fotos verbleiben beim Verband. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sind auch Sie ein leidenschaftlicher Fotograf – oder kennen Sie einen solchen in Ihrem Ortsverband? Dann machen Sie ein originelles Foto von der jüngsten Jubiläumsfeier in Ihrem Ortsverband (oder lassen Sie eines machen) und schicken Sie es uns. Die Chancen, Ihren Ortsverband an prominenter Stelle zu präsentieren, stehen gut!



Neue Richtlinien für die Gestaltung von SoVD-Broschüren

Die Broschüren des SoVD werden ab sofort nach einem einheitlichen Farb- und Layoutkonzept gestaltet. Bestimmten Inhalten werden charakteristische, wiederkehrende Farben zugeordnet – sozialpolitische Schriften werden beispielsweise im orangen Einband, Ratgeber in einem gelben erscheinen. Das Ziel: Moderne Kommunikation, leserorientiert und mit einem hohen Wiedererkennungswert.



Foto: time2share / photocase

Interview mit Sabine Jansen von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft

„Demenzkranken werden bisher nur ungenügend berücksichtigt“

Knapp eine Million Menschen in Deutschland leidet unter Demenz – häufigste Ursache ist die Alzheimer-Krankheit. Das Risiko einer Erkrankung steigt mit dem Alter: Von den Über-65-Jährigen sind bereits zwischen 6 und 9 Prozent betroffen. Erste Symptome sind Vergesslichkeit und Orientierungslosigkeit. Wer sich plötzlich an vertrauten Orten nicht mehr zurechtfindet, ist verunsichert und zieht sich zunehmend zurück. Doch auch für die Angehörigen der Erkrankten ist es nicht leicht, mit der ungewohnten Situation umzugehen. Die Pflege und Betreuung der Eltern oder des Ehepartners verlangen ihnen tagtäglich unvorstellbare Leistungen ab. Hilfe und Beratung bekommen Betroffene wie auch Angehörige über das Alzheimer-Telefon der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Wir sprachen mit der Geschäftsführerin, Sabine Jansen.

Welche Änderungen erhoffen Sie sich von einer Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung, und wie sind Demenzkranke heute abgesichert?

Dass Demenzkranke in der Pflegeversicherung wie sie heute besteht ungenügend berücksichtigt sind – ich glaube, da sind sich mittlerweile alle Fachleute und selbst die Politiker einig. Wir halten es für notwendig, dass zukünftig auch Tätigkeiten, die Angehörige oftmals rund um die Uhr beanspruchen und die sich eben nicht auf die körperliche Pflege beschränken, wie z. B. die Begleitung und die Betreuung der Erkrankten, Berücksichtigung finden. Viele Angehörige verstehen es nicht, dass diese Aufgaben nicht adäquat berücksichtigt werden. Hierfür müsste der Begriff der Pflegebedürftigkeit sehr viel weiter gefasst werden. Durch einen Beirat, den das Bundesgesundheitsministerium eingesetzt hat, soll das

jetzt zwar geschehen, Ergebnisse wird es aber voraussichtlich erst Ende 2008 geben – das wünschen wir uns wesentlich schneller.

Fehlt es oft nicht gerade an Zeit und persönlicher Zuwendung für Demenzkranke oder anders formuliert: Sollte nicht viel mehr Wert auf die Rehabilitation und den Erhalt der Selbstständigkeit gelegt werden?

Diese Zeit wird auf jeden Fall dann nicht bezahlt, wenn sie nicht im Zusammenhang mit anerkannten Pflegetätigkeiten steht. Das ist ein Manko der Pflegeversicherung an sich. Was wir fordern – und worüber ja auch vereinzelt bereits nachgedacht wird – ist, dass dieses System mehr Anreize bieten muss, Rehabilitation aktiv zu betreiben. Leiter von entsprechenden Einrichtungen müssen heute sogar befürchten, dass Bewohner wieder zurückgestuft werden, wenn zu viel Reha betrieben

wird. Das bedeutet, dass Erfolg in der Rehabilitation finanziell bestraft wird. Allgemein stellen wir fest, dass in den entsprechenden Gutachten das Potential an Rehabilitation kaum abgefragt und ausgeschöpft wird. Hier muss noch einiges passieren. So könnte etwa zumindest für einen bestimmten Zeitraum eine höhere Pflegestufe weiter gewährt werden, um auch einen Anreiz zu bieten – etwa nach dem Motto „Reha lohnt sich“. Es ist eigentlich traurig, dass man überhaupt so argumentieren muss, aber so ist leider die Realität.

Die Schwerpunkte innerhalb der Pflege verschieben sich immer mehr von einer stationären hin zu einer ambulanten Versorgung. Ist das nicht gerade für die Angehörigen eine starke Belastung?

Grundsätzlich ist es ein guter Ansatz, ambulante vor stationärer Betreuung zu fördern. Schon jetzt hat jemand, der eine Tagespflege in Anspruch nehmen möchte – unabhängig von seiner Pflegestufe – das Problem, dass diese kaum zu finanzieren ist und er zuzahlen muss. Daher ist es richtig, den ambulanten Bereich zu stärken. Problematisch wird es, wenn das auf Kosten der Sätze im stationären Bereich geschieht. Denn wir werden immer auch Menschen haben, die im häuslichen Bereich nicht zu pflegen sind. Oftmals kommen auch die Angehörigen nach Jahren der Pflege an einen Punkt, wo sie sagen: „Es geht nicht mehr.“ Und dann muss im Heim eine qualitativ gute Pflege gewährleistet sein. Wenn man die Pflegesätze jedoch absenkt, besteht die Gefahr, dass Qualität, die schon heute nicht überall zufriedenstellend gewährleistet ist, darunter leidet. Wir müssen auch an die zunehmende Gruppe der Menschen denken, die



Foto: Deutsche Alzheimer Gesellschaft

Das Motiv aus der Kampagne „Helfen nicht vergessen“ der Deutschen Alzheimer Gesellschaft macht deutlich, wie schwerwiegend die Folgen von Demenz sein können.

allein leben und womöglich keine Angehörigen mehr haben, oder aber diese wohnen 500 Kilometer entfernt. Da würde eine Versorgung im häuslichen Bereich an ihre Grenzen stoßen und vielleicht auch nicht mehr leistbar sein. Eine Möglichkeit sind neue Wohnformen, wie etwa ambulant betreute Wohngemeinschaften, wo sich mehrere Demenzkranke einen Pflegedienst teilen und eine Rundumversorgung dadurch besser abgedeckt werden kann.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft bietet Rat und Unterstützung über eine Telefon-Hotline an. Was sind dabei die häufigsten Fragen oder auch Sorgen, die an Sie herangetragen werden?

Das kann ich Ihnen ziemlich genau sagen: Das größte Problem ist der Umgang mit schwierigen Verhaltensweisen. Viele Angehörige stoßen an ihre Grenze, wenn sie mit aggressivem oder herausforderndem Verhalten konfrontiert werden. So kann es passieren, dass sie eine Person betreuen, die eine Tendenz zum Weglaufen hat, die sehr unruhig ist oder partout nicht zum Arzt gehen will. Oftmals hilft es den Anrufern, wenn man ihnen sagt, worauf das jeweilige Verhalten möglicherweise zurückzuführen ist und was der Kranke vielleicht spürt und deshalb entsprechend reagiert. Beim Versuch, dieses Verhalten nachzuempfinden, kann es gelingen, besser mit diesen Situationen umzugehen. Aber wenn man mit jemandem über Jahre hinweg zusammenlebt und plötzlich verändert sich diese Person und zeigt völlig untypische Verhaltensweisen, dann ist es sehr schwer, damit fertig zu werden. Die eigene Ehefrau oder der an Alzheimer erkrankte Vater können so wie ein fremder Mensch erscheinen.

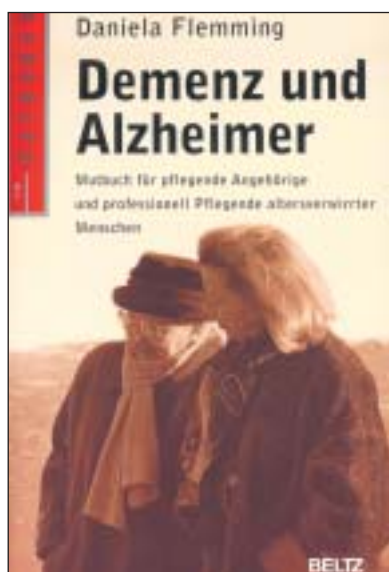
Das Interview führte Joachim Baars

Buchverlosung

Menschen, die Angehörige pflegen, und auch professionell Pflegenden stoßen in ihrem Alltag immer wieder an Grenzen. Das Buch „Demenz und Alzheimer“ von Daniela Flemming lädt dazu ein, auf die altersverwirrten Menschen zuzugehen. Zudem gibt das Buch wertvolle Tipps für den Umgang mit den Erkrankten.

Daniela Flemming: *Demenz und Alzheimer - Mutbuch für pflegende Angehörige und professionell Pflegenden altersverwirrter Menschen*, ISBN 978-3-407-22894-9, Beltz, 147 Seiten, 14,90 EUR.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare des Buches. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stralauer



Straße 63, 10179 Berlin (bitte den Buchtitel nennen!). Einsendeschluss ist der 15. Mai 2007.

Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle nahmen an Schulung teil

SoVD-Betriebsrat: fit im Arbeitsrecht

In einem Seminar in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD vermittelte der Fachreferent Jörg Haselier wichtige Details zum Betriebsverfassungs- und Arbeitsrecht. Für die anwesenden Mitglieder des Betriebsrates stellen diese Informationen eine unersetzliche Grundlage zur Ausübung ihres Mandates dar.



Die gut vorbereitete Fortbildung war gerade für die neu gewählten Betriebsräte eine große Stütze, während „alte Hasen“ ihre bereits vorhandenen Kenntnisse weiter ausbauen konnten. Der Seminarleiter verstand es, eine anspruchsvolle Materie überzeugend und praxisnah zu vermitteln. Der Betriebsrat der Bundesgeschäftsstelle vertritt neben den Kolleginnen und Kollegen im Hause zusätzlich acht betriebsratslose Landesverbände.

Der Betriebsrat der Bundesgeschäftsstelle setzt sich auch für die Angestellten verschiedener SoVD-Landesverbände ein.

Das Alzheimer-Telefon

Bereits seit fünf Jahren bietet die Deutsche Alzheimer Gesellschaft telefonische Beratung und Information rund um das Thema Demenz. Das Angebot richtet sich an Betroffene und Angehörige, aber auch an ehrenamtlich und beruflich Engagierte.

Unter der Telefonnummer **0 18 03/17 10 17** (9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz) ist montags bis donnerstags von 9 bis 18 Uhr und freitags von 9 bis 15 Uhr jemand erreichbar.

Weitere Informationen gibt es bei der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V., Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, oder im Internet unter www.deutsche-alzheimer.de.

Michelin empfiehlt Hotel Mondial

Die höchste berufliche Anerkennung, die ein Spitzenkoch für seine Arbeit erfahren kann, ist die Verleihung eines oder mehrerer Michelin-Sterne. Diese Auszeichnung ist so begehrt, dass dafür sogar schon gemordet wurde – zumindest im Film. Die Institution, welche die begehrten Sterne verleiht, ist ein bekannter Hotel- und Restaurantführer, der Michelin. Über 80 anonyme Hotel- und Restaurantkritiker sind für den Michelin tätig. Zum Wohle höchster Qualitätsansprüche essen und trinken die Tester in Restaurants. Sie wohnen in Hotels, ohne sich zu erkennen zu geben. Nach streng vorgegebenen Merkmalen wird getestet und gewertet. Nur die Besten haben eine Chance, ausgezeichnet zu werden. Im Michelin 2007 wird das Hotel Mondial ausdrücklich empfohlen.

Burkhard Präg, der geschäftsführende Direktor des Hotel Mondial, konnte in den vergangenen Jahren bereits mehrere Auszeichnungen für das Hotel entgegennehmen. Die Hotelpflichtung durch den Michelin erfolgte erstmals und stellt neben den bereits erhaltenen Auszeichnungen einen weiteren Beweis für die gute Arbeit der Hotelmitarbeiter dar.

Die Michelin-Auszeichnung, eine erstklassige kostenlose Werbung, ist auch Ansporn für die Mitarbeiter in ihrem Bemühen, den Gästen den Aufenthalt auch künftig so angenehm wie möglich zu gestalten.

Für Mitglieder des SoVD hält das Hotel Mondial besondere Angebote bereit. Besonders beliebt ist das Sommer-Spezial in der Zeit von Juli bis August. In den Wintermonaten von November bis Februar gibt es ein Winter-Spezial. Informationsmaterial wird auf Anforderung gerne zugeschickt (Tel.: 030/8 84 11-0).

BUCHTIPP

Rafik Schami: „Die Sehnsucht der Schwalbe“

Angenehmes Lesen durch Großdruck

Wegen einer Hochzeit besucht der 17-jährige Lutfi das kleine syrische Dorf Tunbaki in der Nähe von Damaskus. Sieben Tage wird die arabische Feier dauern – Zeit genug für Lutfi, den Syrer, um dem Bruder der Braut seine Lebensgeschichte zu erzählen. Nächstelang schildert er dem Zuhörer die Erlebnisse seiner Kindheit und seine aufregenden Abenteuer in Damaskus und in Deutschland. Dorthin, zieht es ihn immer wieder zurück.

Die episodenhafte Geschichte spielt in Deutschland und Arabien, verbindet beide Kulturen und schildert sie in bunten Farben. Das Ergebnis ist eine Erzählung wie aus 1001 Nacht, deren besondere Atmosphäre Wirklichkeit und Märchenhaftes miteinander verschmelzen lässt.

Ähnlich bunt wie seine Geschichten ist auch die Biographie des Autors: Rafik Schami wurde 1946 in Damaskus geboren und be-

suchte dort ein jesuitisches Kloster-Internat. 1970 floh er aus Syrien



zunächst in den Libanon, dann nach Deutschland. Hier beendete er sein

Studium. Heute ist er nicht nur promovierter Chemiker, sondern auch ein erfolgreicher Schriftsteller, dessen Werke in 24 Sprachen übersetzt und mehrfach ausgezeichnet wurden.

Im Ueberreuter-Verlag sind seit Anfang des Jahres verschiedene Bücher in einer speziellen Großdruck-Reihe erschienen. Vor allem Viellesern dürfte das größere Schriftbild gefallen.

Rafik Schami: Die Sehnsucht der Schwalbe. Verlag Carl Ueberreuter, Großdruck, 488 Seiten. ISBN: 978-3-80009235-2, EUR: 19,95.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare des Buches. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (bitte unbedingt das Stichwort „Buchtipps-Verlosung“ nennen!). Einsendeschluss: 15. Mai 2007.

integ-Seminar zum Thema „Pressearbeit für den SoVD“

Ende Februar veranstaltete die integ in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin ein Seminar zur Pressearbeit. Die Leitung hatte Dr. Simone Real von der Abteilung Redaktion beim Bundesverband.

Nach einer Einführung in die wichtigsten Regeln rund um den Presstext wurden Form und Inhalt anhand von Pressemitteilungen analysiert. Im Anschluss schrieben die Teilnehmer selbst Presstexte. Zum Schluss gab es Infos und Tipps zum Thema „Pressefoto“.

Bezeichnend für die 13 Seminarteilnehmenden war, dass alle aufeinander Rücksicht genommen haben. Denn nur so war ein erfolgreiches Zusammenarbeiten von behinderten und nichtbehinderten Teilnehmenden möglich. Das Seminar wurde so gut angenommen, dass die Teilnehmenden spontan nach einer weiteren Veranstaltung zur Vertiefung der Inhalte fragten. sr



Foto: Real

Mit anschaulichen Beispielen gab das Seminar Antwort auf Fragen zum Verfassen von journalistischen Texten.

Wenn es in der Gerüchteküche mal wieder brodelt...

Viele Ernährungstipps sind überholt

Spinat darf man nicht erneut aufwärmen, Pilze ebenfalls nicht. Brauner Zucker ist weniger schädlich als weißer und fleischlose Ernährung ungesund – diese und viele andere Mythen rund um die Ernährung halten sich hartnäckig. Doch mittlerweile wissen Experten: Die meisten sind nichts als heißer Dampf in der Gerüchteküche und mittlerweile überholt.

„Vieles ist einfach eine Frage der Hygiene“, sagt Helmut Streit vom Bundesverband der Lebensmittelchemiker in Mainz. Großmutter Küchentipps stammen aus einer Zeit, als die Hygienestandards bei der Zubereitung und Lagerung von Lebensmitteln noch nicht so hoch waren wie heute. Im Zeitalter von Kühlschränken und Tiefkühltruhen dagegen sei zum Beispiel das erneute Aufwärmen von Pilzen und Spinat kein Tabu mehr.

Man sollte das Gericht nach dem Kochen aber immer schnell aus dem heißen Topf herausnehmen, zum Beispiel in eine Glasschale füllen und es dann im Kühlschrank lagern, rät Birgitta Tummel, Ernährungswissenschaftlerin aus Bonn. Der Mythos, dass man Pilze nicht wieder erwärmen dürfe, stammt ihrer Ansicht nach aus der Zeit, als man sie noch im Wald sammelte und viel Dreck an ihnen haftete. Darin können sich Bakterien befinden, die das Eiweiß der Pilze abbauen und sich besonders in der Wärme vermehren. Für das erneute Erwärmen empfiehlt

die Ökotrophologin, das Pilzgericht zügig bei hoher Temperatur aufzuwärmen, damit eventuell vorhandene Bakterien abgetötet werden.

Anders verhält es sich nach Ansicht von Birgitta Tummel bei Spinat: „Erneut aufgewärmt ist er für Erwachsene völlig unbedenklich, für Säuglinge und Kleinkinder allerdings gesundheitsgefährdend.“ Durch das Erwärmen wandelt sich das Nitrat aus dem Spinat in Nitrit um. Das wiederum verbindet sich bei Kindern mit dem roten Blutfarbstoff, und das Blut nimmt keinen Sauerstoff mehr auf. „Es kann zur gefährlichen Blausucht, einer Unterversorgung mit Sauerstoff, kommen“, sagt Tummel.

Ein relativ junges Thema der Mythenbildung in der Küche ist die fleischlose Ernährung. In der Vergangenheit vielfach als zu einseitig kritisiert, vertreten Experten mittlerweile einen anderen Standpunkt. So auch Birgitta Tummel: „Man kann sich auch fleischlos gesund ernähren, sollte aber durch andere Lebensmittel dafür sorgen, dass der Körper mit ausreichend Eisen und Vitamin B12 versorgt

wird.“ Anders dagegen urteilt die Ökotrophologin über vegane Ernährung, also ohne jegliche tierische Produkte: „Veganer werden irgendwann ein Nährstoffdefizit haben, wenn sie keine Ersatzpräparate zu sich nehmen.“ Eine solche Ernährungsform sei für Kinder sogar gefährlich.

Mit dem Mythos, brauner Zucker sei gesünder als weißer, räumt die Ernährungsexpertin dagegen auf: „Viele verbinden mit der Farbe braun eher ‚natürlich‘ und ‚wenig verarbeitet‘ und schlussfolgern daraus, dass brauner Zucker gesünder ist. Das aber ist falsch.“ Zwar enthalte der braune im Gegensatz zum weißen Zucker noch geringe Anteile von Mineralstoffen, er trage aber nicht zu einer vitamin- und mineralstoffreichen Ernährung bei.

Eines der hartnäckigsten Gerüchte lautet, das erneute Einfrieren von bereits aufgetauten und zubereiteten Lebensmitteln sei ungesund. Doch auch das ist aus Expertensicht mittlerweile überholt. „Ernährungsphysiologisch ist das völlig unbedenklich“, sagt Helmut Streit. Allerdings sei die Gefahr der Verseuchung durch Bakterien wie Salmonellen während des Auftauens, Kochens und erneuten Abkühlens größer als wenn man Lebensmittel frisch zubereitet und verzehrt.

„Besonders kritisch ist das zum Beispiel beim Auftauen und der Zubereitung von Geflügel und rohem Hackfleisch.“ Isabelle Keller, Ernährungsberaterin von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) aus Bonn, rät daher dazu, Hack schon vor dem Einfrieren gut durchzubraten: „Das ist besser für die Qualität des Lebensmittels, weil Keime dann kaum eine Chance haben.“

Wiederholtes Einfrieren von zubereiteten Gerichten ist nach Ansicht von Birgitta Tummel sogar besser als sie mehrere Tage lang im Kühlschrank aufzubewahren – nicht nur

HAUSRHEINBERG HOTEL AM SEE

SOMMERFRISCHE AM SEE GENIEßEN

Genießen Sie Natur und Kultur. Das historische Städtchen Rheinsberg, das Schloss, der Schlosspark und die idyllische Landschaft werden Sie verzaubern. Das HausRheinsberg Hotel am See erwartet Sie mit einem vielseitigen Sport- und Freizeitprogramm sowie vielen Extras. Wir freuen uns auf Sie.

7 TAGE 439,- € **UND WER LÄNGER BLEIBT, ZAHLT PRO WOCHE WENIGER!** **14 TAGE: PRO WOCHE 409,- €**

PRO PERSON IM EZ ODER DZ
KINDERERMÄSSIGUNG 6-16 JAHRE 50 %
KINDER BIS 5 JAHRE IM ZIMMER DER ELTERN KOSTENFREI

- 7 oder 14 Übernachtungen
- 7 oder 14 x Frühstücksbuffet
- 1 x Cocktailgutschein
- 1 x Kremserfahrt, 1 x Schifffahrt
- Kostenfreie Nutzung des Schwimmbades, der Saunen und der haus eigenen Sport- und Freizeitprogramme

BUCHBAR 01.06. – 31.08.2007

HausRheinsberg Hotel am See
Donnersmarckweg 1
16831 Rheinsberg
Tel. (03 39 31) 344 0
Fax (03 39 31) 344 555
post@hausrheinsberg.de
www.hausrheinsberg.de

BARRIEREFREIE ERHOLUNG

EIN UNTERNEHMEN DER FÜRST DONNERSMARC-STIFTUNG



Foto: bildagentur-online

Spinat – frisch ist er sicherlich am gesündesten. Tiefgefroren und aufgetaut ist er aber auch bekömmlich. Und sogar erneutes Aufwärmen macht ihn – entgegen landläufiger Gerüchte – nicht ungenießbar.

wegen der Keimbildung: „Schon bei Kühlschranktemperatur werden in den Lebensmitteln Enzyme aktiv, die die Nährstoffe abbauen.“

„Manche Mythen sind historisch gewachsen“, sagt Isabelle Keller. Einer der hartnäckigsten: Kaffee entziehe dem Körper Wasser. „Das ist so nicht richtig“, sagt Keller, „schließlich enthält Kaffee auch Wasser.“ Kritisch werde es ab einer Menge von mehr als vier Tassen Kaffee pro Tag, oder genauer: von mehr als 350 Milligramm Koffein pro Tag. „Dann wirkt das Ganze allerdings harntreibend“, sagt Keller.

Und zum Mythos „Schnaps räumt den Magen auf“ sagt die Ernährungsexpertin: „Nach einem fetten Essen mag das durchaus zutreffen, weil Alkohol die Magensäureproduktion etwas erhöht und die Durchblutung im Magen-Darm-Bereich fördert.“ Die Verdauung allerdings werde dadurch nicht angekurbelt. Die Einschätzung „Liebe geht durch den Magen“ teilen allerdings alle Ernährungsexperten. „Das ist kein Mythos“, sagt Birgitta Tummel, „das ist einfach so!“ dpa

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

Im Grünen an Zeckenschutz denken

Nach dem sehr milden Winter kommen nun die Insekten und Spinnentiere in großer Zahl aus ihren Verstecken. Zu den Spinnentieren gehören auch die Zecken, auch Holzbock genannt. Diese warten auf Büschen, Sträuchern und Gräsern auf einen Wirt, dieser kann Mensch oder Tier sein.



Die meisten Zeckenbisse beim Menschen ereignen sich in der Freizeit. Für seinen Angriff sucht sich das Tier auf seinem Opfer sehr dünnhäutige Stellen an Armen, Beinen und im Schritt für seinen Angriff aus.

Die Zecken übertragen in unserer Region zwei Krankheiten, die virale Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) und die bakterielle Borreliose. Die FSME-Viren werden sofort beim Biss mit dem Speichel übertragen. Gegen sie kann man sich impfen lassen. Es sind drei Dosen erforderlich, um einen Schutz für mehrere Jahre zu haben. Für Kinder gibt es spezielle Impfstoffe. Kommt es bei Ungeimpften zu einer FSME-Erkrankung, kann der Arzt nur noch die Symptome lindern.

Die Bakterien der Borreliose befinden sich im Darm der Zecke und werden erst nach Stunden an das Opfer abgegeben. Das Auftreten einer Rötung um die Bissstelle (Wanderröte) ist ein sichtbares Zeichen für eine Borreliose. Diese Rötung erscheint aber nicht immer, des-

halb bei Verdacht rechtzeitig zum Arzt gehen! Dieser wird mit Antibiotika die eingedrungenen Bakterien bekämpfen.

Vorbeugen ist wichtig! Deshalb beim Gang ins Grüne lange Kleidung und (möglichst) eine Kopfbedeckung tragen. Auf heller Kleidung erkennt man das Tier besser als auf dunkler. In der Apotheke gibt es Insektenabwehrmittel, die auf unbedeckte Hautpartien aufgetragen werden sollten, um das Risiko eines Stiches zu verringern.

Entdecken Sie eine Zecke auf Ihrem Körper, dann entfernen Sie diese sofort vorsichtig. Mit einer spitzen Pinzette oder einer Zeckenzange dicht über der Haut ansetzen und das Tier herausziehen. Ein Drehen nach links oder rechts ist nicht erforderlich, eine Desinfektion der Einstichstelle hingegen angebracht.

Ich wünsche Ihnen schöne Tage in der Natur!

Braunkohlstadt in Niedersachsen	Stadt im Krs. Hildesheim	Matrose am Log	ital. Ton-silbe	Förderer	nieder-deutsch: Schwanz	mit Zucker überzogene Süßigkeit	englische Schul-stadt	Be-wohner eines Erdteils	Volks-kunde	dt. Bundes-präsident (Johannes) t 2006	ent-nervt	Stadt-teil v. Hagen/Westf.
Ski-lang-lauf-spur					dicht. für Pferd			Unge-ziefer				Teil des westl. We-serber-glandes
Abk.: zoolo-gischer Garten			Funktions-träger				Stadt in der Eifel	Färbert-bottich				
					fließen-de Elektri-zität		seem.: ver-kehrt, ver-dreht			Abk.: Regie-rung		
unge-krönter Herrscher	Post-schnell-sendung		Wissen und Er-fahrung	Regie-rung v. Berlin				Produkt aus Soja-bohnen		nord. Frauen-name		Stutzer, Mode-narr
Ehren-staffel b. Staats-besuchen							Verhalten, Be-nahmen	lustlos und ohne Schwung				
				Sicher-heit Leis-tender		auf-schnei-derische Reden				Abk.: Opera-tions-code		Zeichen für Helium
Hohl-maß	Zugma-schine a. Schie-nen/Kw.		obere Erd-schicht				frühere Abgabe an die Kirche			Entdeck. des Tu-berkel-bazillus		
zuge-teilte Aufgabe, Arbeit						Getreide-reiniger	Ober-bett					
Biersorte aus Düsseldorf				Abk. für einen Spreng-stoff		abge-schmackt		best. Artikel (4. Fall)				
ent-gegen-gesetzt								Abk.: Hilfs-dienst				
						bereit-willig						
Haupt-stadt Chinas	Schiffs-balken							Zeichen für Thoron				

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

J	A	B	A	E	K	I	N	L				
O	B	E	R	A	E	A	G	I	E	R	E	N
A	M	E	N	K	N	E	R	E	R	E	R	E
B	T	B	E	T	E	A	K	E	D	E	R	E
G	R	E	N	N	L	E	R	E	R	E	R	E
R	E	G	E	R	U	K	E	R	A	N	T	E
R	E	T	B	E	U	N	A	H	E	L	E	S
A	B	R	E	B	E	L	S	C	H	E	L	E
E	H	R	E	A	G	G	E	R	H	O	T	E
K	A	N	F	E	L	K	E	N	I	A	E	R
E	N	G	E	L	E	T	W	E	I	D	E	R

www.kanzlit.de 123 Krokodilstraene (1-15)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom April

Kreuzworträtsel

Gisela Ortmüller, 35075 Gladenbach; Ulrich Mietzner, 17291 Prenzlau; Bernhard Wessendorf, 49186 Bad Iburg.

Rolandsuche

Ulrich Sdroyek, 45549 Sprockhövel; Heinz Schramm, 38889 Blankenburg; Frieda Voss, 52249 Eschweiler; Joachim Blank, 37154 Northeim; Heidi Robakowski, 49176 Hilter.

Die Bären sind los: Die Suche nach Roland geht weiter

Ich habe mich auf drei Fotos dieser Ausgabe versteckt. Teilen Sie uns die Seiten per Postkarte/Fax mit und gewinnen Sie einen von fünf Kuschelbären. **Postanschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Roland, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax 0 30/72 62 22 - 145, E-Mail: rolandsuche@sovd.de**

Sudoku

Gustav Tallen, 49828 Neuenhaus; Karin Keller, 16540 Hohen Neuendorf; Peter Schultka, 24782 Büdelsdorf.

Die Namen der Gewinner / -innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

8	○					9	1	3
			9		1			
1				6	7			4
6	1	4		○				3
7		3		2		4		9
	2					1	6	8
	6		8	1			○	5
			7		4			
9	5	1						4

Auflösung des Vormonats

8	9	6	1	3	7	2	5	4
7	4	1	2	5	6	9	8	3
3	5	2	8	9	4	7	6	1
5	8	3	7	6	9	1	4	2
1	7	4	5	8	2	6	3	9
6	2	9	3	4	1	5	7	8
4	6	5	9	2	3	8	1	7
9	1	8	4	7	5	3	2	6
2	3	7	6	1	8	4	9	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und in jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

7	8					4	1	
9			5		7			○
2	6					5		
5			9			3		
		○	6	3	8			
		8			2			1
		4					9	5
			1	○	6			7
	1	7					4	6

Auflösung des Vormonats

1	8	3	2	7	6	4	9	5
9	5	6	8	4	3	2	1	7
2	4	7	5	9	1	3	8	6
6	3	9	7	2	5	8	4	1
4	1	5	6	3	8	7	2	9
7	2	8	4	1	9	5	6	3
5	9	2	3	6	4	1	7	8
3	7	1	9	8	2	6	5	4
8	6	4	1	5	7	9	3	2

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Bei Sonnenbrand die Haut schonen und kühlen

Nach einem Sonnenbrand sollte die Haut mit einem Gel gekühlt und mit einer Feuchtigkeitscreme eingerieben werden. Bei leichten Fällen reichen es aus, die Haut mit feuchten Umschlägen zu kühlen, sagt Gertraud Kremer vom Berufsverband Deutscher Dermatologen (BVDD). Auch Hausmittel wie Quarkumschläge oder Gurkenscheiben helfen. Allerdings seien professionelle „After-Sun-Produkte“ vorzuziehen, denn sie reparieren die in Mitleidenschaft gezogene Zellstruktur der Haut. Bei schweren Verbrennungen, die sich in Blasenbildung oder nässenden Stellen zeigen, sollte allerdings der Arzt aufgesucht werden. „Wichtig ist, sich langsam an die Sonne zu gewöhnen“, rät Kremer. Besonders häufig zeige sich ein Sonnenbrand am Nacken und an den Ohren: „Da wird immer vergessen, sich einzucremen.“ Nach einem Sonnenbrand sollten die betroffenen Hautpartien zwei bis drei Tage geschont werden, also gar nicht der Sonne ausgesetzt werden. „Die neue Haut ist erst einmal ohne Schutz“, sagt Kremer. Er müsse erst wieder aufgebaut werden. *dpa*

Die Frage des Monats Mai

Geheime Online-Durchsuchungen von Computern, Speicherung von Telefonaten – Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble will schärfere Sicherheitsmaßnahmen durchsetzen. Kritiker dagegen warnen vor einem „Überwachungsstaat“. Rechtfertigt Ihrer Meinung nach der Schutz vor Terroranschlägen die Einschränkung von Grundrechten?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage (www.sovd.de). Dort haben Sie seit kurzem auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren bzw. Ihre abgegebene Meinung zu ergänzen. Von dieser Option haben bereits einige SoVD-Mitglieder Gebrauch gemacht (siehe Bericht auf Seite 6). Die Redaktion wertet alle eingehenden Antworten aus und bemüht sich, diese – ggf. gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>: Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: contact@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 0 47 92/22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Verbreitete Auflage, IVW, 1. Quartal 2007: 398 568 Exemplare

